



10. Dezember 1991
11. Jahrgang, S. 312–345
ISSN 0177-1868

12

Inhalt	Seite
GI Leitsätze	312
Zuschätzungen des Steuerberaters	313
– Verjährung von Schadenersatzansprüchen, § 68 StBerG	
– Zinsschaden	
– Verjährungsbeginn bei Zinsschäden	
– Belehrungspflichten bei Zuschätzungen	
(BGH Urt.v. 20. 6. 1991 – IX ZR 226/90)	
Unterlassenes Rechtsmittel	323
– fehlerhafte Veranlagung	
– überwiegendes Mitverschulden des Mandanten	
– Abgrenzung freiberufliche und gewerbliche Tätigkeit	
(OLG Hamburg Urt.v. 25. 1. 1991 – 11 U 103/90)	
Verjährung des Schadenersatzanspruchs	327
– Verjährungsunterbrechung durch Anerkenntnis § 208 BGB	
– Verjährungshemmung	
(OLG Düsseldorf Urt.v. 13. 6. 1991 – 13 U 17/91)	
Honorarforderung	331
– Sicherungsvertrag	
– Schuldanerkenntnis	
(OLG Düsseldorf Urt.v. 21. 3. 1991 – 13 U 1/91)	
Haftung des Notars	335
– Schaden	
– richtige Behördenentscheidung	
– Grundstücksübertragung unter Nießbrauchsvorbehalt	
(OLG Köln Urt.v. 28. 2. 1991 – 7 U 108/90)	
Belehrungspflichten des Steuerberaters	337
– Buchhaltungsmandat	
– Rechnungen aus dem Ausland	
(LG Limburg Urt.v. 13. 3. 1991 – 2 O 419/89 – rkr.)	
GI Leitsätze	340

GI Leitsätze

Strafbarkeit des Treuhänders / Steuerliche Betreuung des Bauherrenmodells / Untreueatbestand

Kommt es dem Mitglied der Bauherrengemeinschaft – für den Treugeber erkennbar – vor allem auf die steuerlichen Auswirkungen der Gebäudeerrichtung an, so kann die vom Treuhänder übernommene Vermögensbetreuungspflicht auch wesentlich die Verpflichtung umfassen, die Interessen des Bauherren gerade auch im Hinblick auf diesen von ihm letztlich erstrebten Zweck zu wahren und zu fördern, indem der Treuhänder jedenfalls durch rechtzeitige Erstellung und Vorlage der erforderlichen Unterlagen dem Bauherren die Wahrnehmung der steuerlichen Belange ermöglicht.

(BGH Urt. v. 23. 4. 1991 – I StR 734/90 – wistra 1991, 265)

Rechtsberatungsgesetz / Erbenermittler / Erbschaftsabwicklung

1. Ein Erbenermittler (Erbensucher), der nach dem Urteil des BGH vom 16. 3. 1989 (RBeistand 1989, 82) für die im Auftrag der Erben durchgeführte Erbschaftsabwicklung dem Erlaubniszwang nach Art. 1 § 1 RBerG unterliegt, kann nicht beanspruchen, daß der zuständige Gerichtspräsident die einem Angestellten des Erbenermittlers vor der Schließung des Rechtsbeistandsberufs durch Gesetz vom 18. 8. 1980 erteilte Erlaubnis auf ihn selbst überträgt.
2. Zur Frage, ob dem Betroffenen möglicherweise eine erhebliche, über Randbereiche hinausgehende und durch ein Urteil in der Hauptsache nicht mehr zu beseitigende Verletzung in seinen Grundrechten i. S. des Beschlusses des BVerfG vom 25. 10. 1988 (BVerfGE 79, 69) droht und ob sich das Verwaltungsgericht daher im Verfahren nach § 123 VwGO ausnahmsweise über das Verwerfungsmonopol des BVerfG hinwegsetzen darf (hier verneint).

(VGH Baden-Württemberg, Beschl. v. 25. 2. 1991 – 9 S 3021/90 – RBeistand 1991, 64)

Standesrecht / Kollegialitätspflicht / Gewissenhafte Berufsausübung / § 57 StBerG

Ein Steuerberater oder Steuerbevollmächtigter verletzt seine Pflicht zur Kollegialität und gewissenhaften Berufsausübung, wenn er auf Schreiben des Rechtsanwalts seines früheren Mandanten nicht antwortet und mit dessen jetzigem Mandanten direkt Kontakt aufnimmt (§ 57 II StBerG Wahrung des Berufssehens, § 57 I StBerG gewissenhafte Berufsausübung).

(LG München I, Urt. v. 19. 4. 1991 – StL 7/91 – StB 1991, 327)

Haftung des Konkursverwalters / Masseunzulänglichkeit / Fortführung d. KV

Wird ein Konkursverfahren trotz Masseunzulänglichkeit fortgeführt, so ist dieses evtl. pflichtwidrige Verhalten nicht dafür ursächlich, daß die Anspruchstellerin mit Erstattungsansprüchen ausfällt.

Auch bei rechtzeitiger Einstellung des Konkursverfahrens wäre die Anspruchstellerin mit ihren Erstattungsansprüchen ausgefallen.

(LG Wuppertal Urt. v. 30. 7. 1991 – 5 O 41/91)

Zuschätzungen des Steuerberaters

- Verjährung von Schadenersatzansprüchen, § 68 StBerG
 - Zinsschaden
 - Verjährungsbeginn bei Zinsschäden
 - Belehrungspflichten bei Zuschätzungen
- (BGH Urt. v. 20. 6. 1991 – IX ZR 226/90 = WM 1991, 1597)

Leitsätze:

1. Zu den Voraussetzungen, unter denen ein steuerlicher Berater zu den von seinem Mandanten mitgeteilten Umsätzen Zuschätzungen gegenüber dem Finanzamt vornehmen darf.
2. Die Verjährungsfrist für den Anspruch auf Ersatz von Zinsschäden aufgrund ungerechtfertigter Steuermehrbelastungen beginnt – für jeden Veranlagungszeitraum und jede Steuerart gesondert – regelmäßig nach Erlaß des jeweils belastenden Steuerbescheids einheitlich in dem Zeitpunkt, in dem die erste Steuerzahlung aus Kreditmitteln erfolgt. Unerheblich ist, inwieweit der Zinsaufwand selbst in unverjährter Zeit angefallen ist (Abweichung von BGH, Urt. v. 27. 11. 1985 – IVa ZR 97/84, NJW 1986, 1162 = WM 1986, 261 = ZIP 1986, 309 = GI 1986, 271).

Leitsätze (d. Verf.):

1. Der Steuerberater muß die Wahrscheinlichkeit des Nachweises von Mehrerlösen prüfen, bevor er Zuschätzungen vornimmt.
2. Sind Mehreinnahmen eher unwahrscheinlich, liegt in dem Absehen von einer Zuschätzung keine Empfehlung zu einer Steuerhinterziehung.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin ist Rechtsnachfolgerin der Einzelhandelsfirmen Getränkevertrieb H.V. und Getränkevertrieb M.H., deren Vermögen von ihren Inhabern zum 1.1.1983 in die neu gegründete Klägerin eingebracht wurden. Der Beklagte war bis Mitte 1983 jahrelang als Steuerberater für die Klägerin und ihre Rechtsvorgängerinnen tätig. Diese hatten ihm ihre steuerliche Beratung umfassend übertragen. Insbesondere hatte er die Steuererklärungen zu fertigen sowie aufgrund der von den Betrieben übergebenen Belege die Buchhaltung und die Jahresabschlüsse zu erstellen.

In den Jahresabschlüssen 1977 bis 1980 nahm der Beklagte bei den Erlösen der beiden Betriebe Zuschätzungen von insgesamt mehr als 525.000 DM vor. Dadurch ergaben sich steuerliche Mehrbelastungen von über 250.000 DM. Nach einer Betriebsprüfung im Herbst 1982 und einem anschließenden finanzgerichtlichen Verfahren, in dem sich die Klägerin durch einen Rechtsanwalt vertreten ließ, wurden Steuern in dieser Höhe – zum Teil durch Verrechnung gegen andere Steuerschulden der Klägerin – zurückerstattet.

Die Klägerin verlangt mit der Klage – eingeleitet durch einen am 30.6.1986 zugestellten Mahnbescheid – vom Beklagten Ersatz von 37.780,83 DM Kosten für die Beratung durch den Rechtsanwalt und einen Betriebsberater. Ferner fordert sie Erstattung eines Zinsschadens, den sie dadurch erlitten hat, daß sie die Steuern an das Finanzamt aus Kreditmitteln gezahlt hat. Der Beklagte hat sich unter anderem auf Verjährung berufen.

Das Landgericht hat die Klage teilweise abgewiesen und sie – soweit die Klägerin Ersatz von 104.525,54 DM beansprucht – dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt. Das Oberlandesgericht hat die Berufung des Beklagten zurückgewiesen. Dagegen richtet sich seine Revision.

Aus den Gründen:

A.

- I. **Zum Haftungsgrund** hat das Berufungsgericht ausgeführt: Der Beklagte hafte aus positiver Vertragsverletzung, weil er schuldhaft durch nicht gerechtfertigte Zuschätzungen von Erlösen überhöhte Steuerschulden seiner Mandantinnen verursacht habe. Der Steuerberater dürfe nur dann zuschätzen, wenn dies nach sorgfältiger Prüfung zwingend geboten erscheine und die Finanzbehörde andernfalls ihrerseits Schätzungen vornehmen müßte. Vorliegend seien Zuschätzungen unnötig gewesen, wie die neuen Berater der Klägerin durch eine Geldverkehrsrechnung nachgewiesen hätten. Dagegen sei die vom Beklagten angewandte Rohgewinnsatzverprobung hier erkennbar keine zuverlässige Methode gewesen, um auf fehlende Einnahmeerfassung zu schließen und Zuschätzungen zu rechtfertigen. Das stehe aufgrund des eingeholten Sachverständigengutachtens fest. Der Beklagte habe nicht substantiiert dargelegt, daß tatsächlich mehr Erlöse erzielt worden seien als in den Einnahmebelegen erfaßt. Er könne sein Verhalten nicht mit der Behauptung rechtfertigen, daß der frühere Firmeninhaber und jetzige Mitgesellschafter V. den Zuschätzungen zugestimmt habe. Denn der Beklagte trage nicht vor, den

Mandanten darüber aufgeklärt zu haben, daß Zuschätzungen nicht geboten seien und dies auch gegenüber der Finanzbehörde trotz eines im Jahre 1980 erteilten Hinweises auf § 201 Abs. 2 AO zu vertreten sei.

- II. Demgegenüber rügt die Revision: Das Berufungsgericht habe zu Unrecht Zuschätzungen für nicht gerechtfertigt und Hinweise des Beklagten auf Schwarzeinnahmen des Firmeninhabers V. für unsubstantiiert gehalten (§ 286 ZPO). Nach der Lebenserfahrung ergäben sich diese aus dem behaupteten Einverständnis V. mit den Zuschätzungen. Die Kontrolle der Einnahmen durch eine Geldverkehrsrechnung habe nicht die Klägerin, sondern das Finanzamt veranlaßt. Ob es die Einnahmen vollständig erfaßt habe, lasse sich nicht feststellen. Die Buchhaltung der beiden Einzelfirmen sei nicht ordnungsmäßig gewesen. Der Steuerberater sei nicht verpflichtet, seinem Mandanten eine Steuerhinterziehung zu empfehlen, wenn er glaube, daß der Mandant damit davonkomme.
- III. Damit stellt die Revision zutreffend nicht den vom Berufungsgericht gewählten allgemeinen rechtlichen Ansatz für eine Haftung des Beklagten in Frage, daß **der steuerliche Berater allenfalls dann gegenüber dem Finanzamt Zuschätzungen zu den von seinem Mandanten mitgeteilten Einnahmen vornehmen darf, wenn dies dringend erforderlich erscheint, um sonst drohende, mindestens ebenso große Nachteile von seinem Mandanten abzuwenden.** Die Revision meint nur, diese Voraussetzungen hätten für den Beklagten vorgelegen. Ihr Angriff richtet sich gegen den dem Tatrichter vorbehaltenen Bereich der Würdigung von Indiztatsachen und muß erfolglos bleiben. Einen Erfahrungssatz des angedeuteten Inhalts, daß ein Mandant nur dann mit Zuschätzungen einverstanden ist, wenn er auch tatsächlich höhere verdeckte Einnahmen hat, gibt es nicht. Statt dessen konnte das Berufungsgericht hier die naheliegende Möglichkeit in Betracht ziehen, daß V. den Zuschätzungen nur deshalb zustimmte, weil er durch den Hinweis des Finanzbeamten bei der Außenprüfung im Jahre 1980 auf die Möglichkeit eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens eingeschüchtert war. **Davor hätte ihn die vom Beklagten geschuldete Belehrung über andere Möglichkeiten des Umsatznachweises gegenüber dem Finanzamt schützen müssen.** Der Umstand, daß dem beklagten Steuerberater die Substantiierung von Mehrerlösen des Mandanten nicht möglich ist, nimmt ihm diese Darlegungslast entgegen seiner Ansicht nicht ab. Er muß die Wahrscheinlichkeit des Nachweises von Mehrerlösen prüfen, ehe er Zuschätzungen vornimmt. **Im Absehen von einer**

Zuschätzung liegt jedenfalls solange keine Empfehlung einer Steuerhinterziehung, wie Mehreinnahmen eher unwahrscheinlich sind. Davon geht das Berufungsgericht hier aus. Soweit die Revision diese Überzeugung des Tatrichters angreift, versucht sie in unzulässiger Weise, ihre eigene Beweiswürdigung an die Stelle der seinigen zu setzen. Das sachverständig beratene Berufungsgericht konnte sich auch darauf stützen, daß es den neuen steuerlichen Beratern der Klägerin gelang, die Finanzbeamten zu einer Geldverkehrsrechnung zu bestimmen, als deren Ergebnis sie dann selbst die vom Beklagten vorgenommenen Zuschätzungen für nicht plausibel hielten.

B.

.....

2. Allerdings kann ein Ersatzanspruch wegen Zinsschäden in Höhe von **2.001,15 DM** nach dem eigenen Vorbringen des Beklagten noch **nicht** verjährt sein.

Nach § 68 StBerG verjährt der Anspruch des Auftraggebers auf Schadenersatz aus dem zwischen ihm und dem Steuerberater bestehenden Vertragsverhältnis in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist. Ein Schadenersatzanspruch entsteht in diesem Sinne, **wenn der Schaden wenigstens dem Grunde nach erwachsen ist oder wenn durch die Verletzungshandlung eine als Schaden anzusehende Verschlechterung der Vermögenslage eingetreten ist, ohne daß feststehen muß, ob ein Schaden bestehen bleibt und damit endgültig wird, oder wenn eine solche Verschlechterung der Vermögenslage oder auch ein endgültiger Teilschaden entstanden ist und bei verständiger Würdigung mit der nicht entfernt liegenden Möglichkeit des künftigen Auftretens bisher noch nicht erkennbarer, adäquat verursachter Nachteile zu rechnen ist** (BGHZ 100, 228, 231 f m.w.N.). In diesen Fällen kann und muß der Ablauf der Verjährungsfrist durch Erhebung einer Klage auf Feststellung der Pflicht, den noch nicht bezifferbaren entstandenen und entstehenden Schaden zu ersetzen, unterbrochen werden (Senatsurt. v. 4. 4. 1991 – IX ZR 215/90, GI 1991, 171 = ZIP 1991, 589, 590; v. 6. 6. 1991 – IX ZR 195/90, z.V.b.; vgl. auch Senatsurt. v. 23. 5. 1985 – IX ZR 102/84 GI 32/85 = BGHZ 94, 380, 385 m.w.N.).

Die Verjährungsfrist für den Anspruch auf **Ersatz von Zinsschäden** aufgrund ungerechtfertigter Steuermehrbelastungen kann **frühestens in dem Zeitpunkt beginnen, in dem erstmals für einen bestimmten Veranlagungszeitraum eine Steuerzahlung aus Kreditmitteln erfolgt ist.**

Erst dann steht mit hinreichender Sicherheit fest, daß dem Zahlungspflichtigen ein Vermögensschaden durch Kreditkosten entsteht. Im Falle von Steuervorauszahlungen aufgrund von Steuerbescheiden ist auf denjenigen Zeitraum abzustellen, der durch den jeweils gültigen Vorauszahlungsbescheid festgelegt wird. Dieser begründet die Steuerschuld, deren Erfüllung den Steuerschuldner mit Kreditkosten belastet. Vor Erlaß eines solchen Bescheides und vor einer erstmals darauf geleisteten Zahlung ist regelmäßig das Entstehen von Zinsaufwendungen nicht in einem solchen Maße konkretisiert, daß es bereits Grundlage wenigstens einer Feststellungsklage werden könnte.

Im vorliegenden Falle hat die Klägerin zwischen dem 14. 2. und 5. 4. 1983 auf Einkommen- und Kirchensteuer unstreitig Vorauszahlungen in Höhe von 4.000 DM, 2.475 DM, 4.447 DM und zweimal 421 DM – zusammen also 11.764 DM – geleistet. Die sich hieraus ergebende Zinsbelastung beträgt auf der Grundlage der Berechnung der Klägerin, zeitlich gestaffelt vom jeweiligen Zahlungstag bis zum 31. 10. 1984, 2.001,15 DM.

Die Vorauszahlungen erfolgten aufgrund des am 23. 6. 1982 – gegen H.V. – erlassenen Steuerbescheids für das Jahr 1980, der zugleich die Vorauszahlungen für die Folgezeit ab 10. 9. 1982 festsetzte. Da die ersten Zahlungen darauf am 14. 2. 1983 geleistet wurden, konnte die dreijährige Verjährungsfrist nicht vor dem 14. 2. 1986 ablaufen. Zu dieser Zeit hatte der Beklagte bereits auf die Erhebung der **Verjährungseinrede verzichtet**, mit der Folge, daß er sich vor Ablauf der gesetzten Frist nicht rechtswirksam, nämlich nicht ohne **Verstoß gegen Treu und Glauben** (§ 242 BGB), auf Verjährungseintritt berufen durfte (vgl. BGH, Urt. v. 17. 12. 1959 – III ZR 167/58, VersR 1960, 515, 517; Urt. v. 1. 2. 1977 – VI ZR 43/75, VersR 1977, 617, 619; Urt. v. 12. 12. 1978 – VI ZR 159/77, NJW 1979, 866, 867 unter III. Die Verjährung des hier fraglichen Ersatzanspruchs ist sodann durch Zustellung des Mahnbescheids am letzten Tage der gesetzten Frist unterbrochen worden (§ 209 Abs. 2 Nr. 1 BGB). Die Revision ist daher insoweit unbegründet. Mit der Höhe der Ersatzforderung hat sich noch das Landgericht zu befassen (§ 304 Abs. 1 ZPO).

3. Dagegen führt die Revision wegen weiterer Ersatzansprüche in Höhe von zusammen 32.634,44 DM zur Klageabweisung.
 - a) Hierbei handelt es sich vor allem (in Höhe von 32.307,09 DM) um die Zinsaufwendungen für sämtliche Steuern für die Jahre 1977 und 1978, auch soweit das Landgericht die Klage deswegen nicht schon durch das Teilurteil vom 9. 12. 1987 rechtskräftig abgewiesen hat.

Im einzelnen geht es um Belastungen durch die Umsatzsteuer für 1977 und 1978 (zusammen restliche 15.555,95 DM), um die Einkommen- und Kirchensteuer für die Jahre 1977 (restliche 1.313,14 DM) und 1978 (12.395,53 DM) sowie um die Gewerbesteuer für die Firma H. für 1977 (557,97 DM) und 1978 (187,95 DM) und die Firma V. für 1977 (511,16 DM) und 1978 (1.785,39 DM).

aa) Insoweit ist das Berufungsgericht der Ansicht des Landgerichts gefolgt, das ausgeführt hat: Der Beklagte habe mit seinem am 26.7.1985 bei der Klägerin eingegangenen Schreiben auf die Einrede der Verjährung – zuletzt bis zum 30.6.1986 – verzichtet, soweit nicht bereits bei Zugang der Verzichtserklärung Verjährung eingetreten war. Deshalb seien alle diejenigen eingeklagten Ansprüche der Klägerin verjährt, die bis zum 26.7.1982 entstanden seien. Bei der Aufwendung von Zinsen trete der Schaden jeweils in dem Augenblick ein, in dem in Höhe des Zuvielbetrages an Steuern und Steuervorauszahlungen fortlaufend Zinsen für dessen Finanzierung aufgewandt werden müssen. Daher seien alle ab dem 27.7.1982 aufgelaufenen Zinsen nicht verjährt.

bb) Dagegen bestehen durchgreifende rechtliche Bedenken.

Wird ein Vertragspartner durch eine positive Vertragsverletzung des anderen Teils zu Ausgaben gezwungen, die er nur durch die Inanspruchnahme eines entgeltlichen Kredits finanzieren kann, so ist eine hierdurch verursachte Vermögensminderung schon mit der ersten Kreditaufnahme entstanden. Mit ihr steht fest, daß der Geschädigte aufgrund des einheitlichen schädigenden Ereignisses zur Kreditfinanzierung künftig fortlaufend Zinsen wird zahlen müssen. Sogar wenn die genaue Höhe der Zinsbelastung noch nicht zu ermitteln und insbesondere ihr Ende noch nicht abzusehen ist, können diese voraussehbaren Spätfolgen von Anfang an Gegenstand einer Feststellungsklage sein.

Bei solchen fortlaufenden Belastungen kann nicht danach unterschieden werden, inwieweit sie noch in einen Zeitraum hinein andauern, für den allein genommen eine Verjährung noch nicht hätte eintreten können, hier also in die Zeit ab 27.7.1982. Das würde jeden zeitlichen Bezug der Verjährungsfrist zur schädigenden Handlung selbst lösen. Der aus einem bestimmten Ereignis erwachsende Schaden ist verjährungsrechtlich als ein einheitliches Ganzes aufzufassen (BGH, Urt.v. 30.1.1973 – VI ZR 4/72, VersR 1973, 371; BGB-RGRK/Johannsen, 12. Aufl. § 198 Rdn. 7 und 9), und zwar auch im Falle einer vertraglichen Schadenersatzpflicht (BGHZ 50, 21, 23 ff.).

Folglich beginnt dann, wenn aufgrund einer Vertragsverletzung einzelne Schäden in zeitlichen Abständen nach und nach entstehen, die Verjährung einheitlich mit dem Eintritt des ersten Schadens, soweit bei dessen Auftreten die später entstehenden Folgen voraussehbar waren (RGZ 106, 283, 285; BGH, Urt. v. 28. 5. 1957 – VIII ZR 205/56, ZMR 1957, 335, 337; Urt. v. 10. 10. 1978 – VI ZR 115/77, NJW 1979, 264 unter II 1 a; Senatsurt. v. 1. 2. 1990 – IX ZR 82/89, GI 1990, 112 = WM 1990, 815, 816 unter 1 b; MünchKomm/von Feldmann, BGB 2. Aufl. § 198 Rdn. 31). Derartige Schadenfolgen unterliegen allein den für Schadenersatzansprüche geltenden besonderen Verjährungsregeln. Eine entsprechende Anwendung der in § 197 BGB vorgesehenen vierjährigen Verjährungsfrist für Zinsansprüche ist ausgeschlossen.

Allerdings hat der IVa-Zivilsenat des Bundesgerichtshofs entschieden, ein Zinsschaden sei in dem Augenblick eingetreten, in welchem der Mandant fortlaufend in Höhe des Zuvielbetrages an Steuern bei dessen Finanzierung Zinsen habe aufwenden müssen, und er hat insoweit darauf abgestellt, inwieweit der Zinsaufwand jeweils in verjährter oder unverjährter Zeit angefallen sei (Urt. v. 27. 11. 1985 – IVa ZR 97/84, GI 1986, 27 = NJW 1986, 1162, 1163 unter 5 = WM 1986, 261 = ZIP 1986, 309). Landgericht und Oberlandesgericht sind dem hier gefolgt. Diese Auffassung weicht aber von den oben dargelegten allgemeinen Grundsätzen über den Verjährungsbeginn bei späteren Folgen eines einheitlichen Schadens ab, ohne daß Besonderheiten des Steuerrechts das rechtfertigten. Der erkennende Senat, der nunmehr für Entscheidungen über die Haftung der Steuerberater allein zuständig ist, gibt deshalb die genannte Ansicht des IVa-Zivilsenates auf.

- cc) Die Verjährungsfrist nach § 68 StBerG begann für die hier fraglichen Ansprüche spätestens am 1. 1. 1979. Die Klägerin trägt selbst vor, daß die Vorauszahlungen im Laufe des jeweiligen Veranlagungszeitraumes geleistet wurden, so daß der 1. Januar des folgenden Jahres als Stichtag für das Entstehen der Zinsschäden den Beklagten begünstige. Damit hätte die Ersatzpflicht objektiv auch Gegenstand einer Feststellungsklage werden können, so daß der Lauf der Verjährungsfrist in Gang gesetzt wurde. Der Umstand, daß sich die Außenprüfung des Finanzamts bei den Rechtsvorgängerinnen der Klägerin im Herbst 1982 unter anderem auf die hier fraglichen Steuern erstreckte, ändert daran nichts. **Denn soweit – wie vorliegend – aufgrund einer Außenprüfung zu hoch festgesetzte Steuern zurückerstattet werden, entsteht ein Ersatzanspruch gegen einen Steuerberater nicht erst mit dieser Schadenminderung. Statt dessen beginnt die Verjährung, unabhängig von der Außenprüfung, mit der Bestandskraft des belastenden Steuer-**

bescheids (Senatsurt. v. 4. 4. 1991 – IX ZR 215/90, GI 1991, 171) oder mit der Aufwendung des Steuerschuldners, die den Vermögensschaden ausgelöst hat.

- dd) Der Beklagte ist nicht aus dem Gesichtspunkt einer möglichen Sekundärhaftung gehindert, sich auf den Eintritt der Verjährung der hier fraglichen Ersatzansprüche zu berufen. Denn auch eine auf Sekundärhaftung zu stützende Forderung (§ 249 Satz 1 BGB) wäre spätestens seit dem 1. 1. 1985 verjährt, also schon bevor der Beklagte auf die Erhebung der Verjährungseinrede verzichtet hat. Der Sekundäranspruch beginnt mit Eintritt der Verjährung des ursprünglichen Regreßanspruchs und verjährt daher seinerseits spätestens drei Jahre nach der Verjährung des Primäranspruchs (vgl. Senatsurt. v. 23. 5. 1985 – IX ZR 102/84, GI 32/85 = BGHZ 94, 380, 388 ff), die hier am 1. 1. 1982 eintrat.
- ee) Bei der Ermittlung der somit verjährten Ansprüche ist der Senat von der eigenen Berechnung der Klägerin ausgegangen. Er hat hierbei nur noch diejenigen auf die genannten Verrechnungszeiträume entfallenden Zinsen berücksichtigt, die in der Zeit ab 27. 7. 1982 aufgelaufen sind. Der sie betreffende Ersatzanspruch ist nicht bereits durch das Teilurteil des Landgerichts vom 9. 12. 1987 rechtskräftig abgewiesen worden.
- b) Der Schadenersatzanspruch der Klägerin betreffend Zinsen von restlichen 327,25 DM für zuviel gezahlte Gewerbesteuer des Jahres 1979 ist aus den zu a) genannten Gründen ebenfalls verjährt (§ 68 StBerG).
- aa) Mit dem am 30. 6. 1986 zugestellten Mahnbescheid wurde die **Verjährung dieses Ersatzanspruchs** – entgegen der Meinung des Landgerichts – **noch nicht unterbrochen**. Mit ihm wurde eine Hauptforderung von 194.202,45 DM erhoben. Der Betrag wurde unter Bezug auf ein vorprozessuales Anwaltsschreiben und erneut in der Klagebegründungsschrift vom 29. 9. 1986 aufgeschlüsselt. Diese nannte als **Streitgegenstand** im Rahmen des bezeichneten Antrags die Zinsschäden unter anderem aufgrund der Gewerbesteuer für die Jahre 1977, 1978 und 1980, also nicht für 1979. Zwar kann die Verjährung eines Anspruchs unter Umständen in einem weitergehenden Umfang als durch den Klageantrag bezeichnet unterbrochen werden. **Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn der Gläubiger mit der Klage erkennbar seinen gesamten Schaden einklagen wollte und sich der von ihm dafür bezifferte Betrag später als zu niedrig erweist** (BGHZ 66, 138, 141; BGH, Urt. v. 30. 6. 1970 – VI ZR 242/68, NJW 1970, 1682; Urt. v. 19. 2. 1982 – V ZR 251/80, NJW 1982,

1809, 1810). Das setzt aber voraus, daß der – nachträglich erhöhte – Schadenersatzanspruch wenigstens dem Grunde nach von Anfang an zum Streitgegenstand gehörte. Daran fehlt es hier. **Die Klageerhebung unterbricht die Verjährung gemäß § 209 BGB nur für den geltend gemachten Anspruch** (BGH, Urt.v. 3.11.1987 – VI ZR 176/87, NJW 1988, 965, 966; Palandt/Heinrichs, BGB 50. Aufl. § 209 Rdn. 13), nicht für sonstige Forderungen. Jede andere Betrachtungsweise würde die Rechtsklarheit und -sicherheit beeinträchtigen (BGH, Urt.v. 25.2.1982 – III ZR 76/81, VersR 1982, 582).

Ersatzansprüche wegen zu viel gezahlter Steuern in den Veranlagungszeiträumen 1978 und 1980 erfassen schon dem Grunde nach nicht zugleich solche für 1979. Steuerliche Erstattungsforderungen sind nach Steuerart und Veranlagungszeitraum zu trennen. Die Steuerpflicht wird insoweit regelmäßig selbständig festgesetzt. Das bedingt zugleich, daß der steuerliche Berater in der Regel nur aufgrund eines besonderen Einzelvertrages tätig wird. Der vertragliche Schadenersatzanspruch wird durch den Umfang des erteilten Auftrags begrenzt. An der gebotenen Trennung ändert es im Ergebnis nichts, wenn dem steuerlichen Berater, wie hier, ein umfassender Dauerauftrag erteilt wurde. Dann bildet die Bearbeitung für jede Steuerart und jeden Veranlagungszeitraum – auch gebührenrechtlich – einen abtrennbaren Teil des vertraglichen Leistungsinhalts. Von den besonderen Umständen jedes Teils kann das Entstehen vertraglicher Schadenersatzansprüche abhängen. Sie bilden im Falle einer Ersatzklage jeweils einen gesonderten Streitgegenstand. Die auf Mehrbelastungen durch die Gewerbesteuer 1978 und 1980 gestützte ursprüngliche Klage war hier deshalb nicht geeignet, die Verjährung zugleich für – nicht identische – Schäden anlässlich der Bezahlung der Gewerbesteuer 1979 zu unterbrechen.

- bb) Der Beklagte haftet für diese Forderung auch nicht nach den Grundsätzen der Sekundärhaftung. Zwar könnte insoweit die Verjährungsfrist unter Berücksichtigung einer möglichen Sekundärhaftung des Beklagten noch bis zum 1.1.1986 und damit in einen Zeitraum laufen, für den der Beklagte bereits auf die Einrede der Verjährung verzichtet hatte. Jedoch hat die Klägerin diesen Ersatzanspruch, wie unter a) ausgeführt, nicht bereits mit dem Mahnbescheid am 30.6.1986 anhängig gemacht, sondern erst mit Schriftsatz vom 20.5.1987 eingeführt.

Der Beklagte war nicht aufgrund seines bis zum 30.6.1986 **befristeten Verzichts auf die Einrede der Verjährung** gehindert, sich auf die Verjährung dieser Forderung zu berufen. Von dem Zeitpunkt an, zu dem

der Schuldner erkennbar nicht mehr an seinem Verzicht festhalten will, steht dem Gläubiger nur noch eine angemessene, in aller Regel kurze Überlegungsfrist zur Klageerhebung zur Verfügung (BGH, Urt.v. 20.1.1976 – VI ZR 15/74, NJW 1976, 2344, 2345; Urt.v. 14.2.1978 – VI ZR 78/77, NJW 1978, 1256), die im Regelfall nicht länger als mit etwa einem Monat bemessen wird (BGH, Urt.v. 14.10.1963 – III ZR 69/62, VersR 1964, 66, 68; Urt.v. 6.12.1990 – VII ZR 126/90, NJW 1991, 974, 975; vgl. auch MünchKomm/von Feldmann, BGB 2. Aufl. § 194 Rdn. 12). Gründe, die es – auch aus Sicht des Beklagten – als zumutbar erscheinen lassen könnten, die Frist hier auf nahezu elf Monate auszudehnen, sind nicht dargetan. Nach dem Vortrag der Klägerin hat sich der fragliche Zinsschaden für das Jahr 1979 anlässlich einer umfassenden Berechnung aufgrund neu beschaffter Kontoauszüge herausgestellt. Es fehlen Angaben dazu, aus welchen Gründen sich die Klägerin die Kontoauszüge nicht früher von der Stadt M. verschaffen konnte sowie warum eine Berechnung der Zinsschäden für die Gewerbesteuerzahlungen der Jahre 1977, 1978 und 1980 aufgrund der zuvor verfügbaren Unterlagen bis zum 30.6.1986 möglich war, nicht aber für den Veranlagungszeitraum 1979. Es kann deshalb offenbleiben, ob dem Beklagten eine Ausdehnung des Arglisteinwands gegenüber seiner Verjährungseinrede um mehr als zehn Monate überhaupt zugemutet werden könnte, wenn er nicht selbst die Verzögerungsursachen gesetzt hat.

Am Ergebnis, daß die fragliche Klageforderung verjährt ist, ändert es auch dann nichts, wenn man die Schreiben des Beklagten vom 24.7.1985 und 10.12.1985, mit denen er auf die Erhebung der Verjährungseinrede auf Anregung der Klägerin befristet verzichtet hat, weitergehend als ein Stillhalteabkommen zugleich zugunsten des Beklagten auslegen würde (zu dieser Möglichkeit vgl. BGB-RGRK/Johannsen, 12. Aufl. § 202 Rdn. 14 i.V.m. § 222 Rdn. 2; Soergel/Walter, BGB 12. Aufl. § 202 Rdn. 8 i.V.m. § 222 Rdn. 7). Die unter dieser Voraussetzung eintretende Verjährungshemmung (§ 202 Abs. 1 BGB) bewirkt gemäß § 205 BGB nur, daß der Zeitraum, während dessen die Verjährung gehemmt ist, in die Verjährungsfrist nicht eingerechnet wird. Im vorliegenden Falle käme dadurch eine Verschiebung des Verjährungseintritts um fünf Monate und sechs Tage in Betracht, nämlich um den Zeitraum vom 27.7.1985 – als Tag des Inkrafttretens der Hemmung – bis zum 1.1.1986. An dem zuletzt genannten Tage wäre auf der Grundlage der eigenen Angaben der Klägerin die Verjährungsfrist auch für eine Sekundärhaftung des Beklagten abgelaufen. Die zeitweilig – bis zum 30.7.1986 – gehemmte Verjährung wäre dann spätestens im Dezember 1986 eingetreten. Die Klägerin hat den Ersatzanspruch, wie ausgeführt, erst wesentlich später rechtshängig gemacht (§§ 261 Abs. 2, 270 Abs. 3 ZPO).

Unterlassenes Rechtsmittel

- fehlerhafte Veranlagung
 - überwiegendes Mitverschulden des Mandanten
 - Abgrenzung freiberufliche und gewerbliche Tätigkeit
- (OLG Hamburg Urt. v. 25. 1. 1991 – 11 U 103/90)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Bestreitet der Steuerberater substantiiert den Vorwurf, fehlerhaft beraten zu haben, so trifft den Mandanten die Beweislast.
2. Unterläßt der Mandant die Anfechtung eines fehlerhaften Steuerbescheides, so trifft ihn ein Mitverschulden, das die evtl. Schadenersatzpflicht des Steuerberaters völlig entfallen läßt.
3. Eine natürliche Person kann sowohl gewerblich als auch freiberuflich tätig sein. (hier: Fernsehproduktion, Regieleistung)

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung des Klägers ist unbegründet, weil die Klage unschlüssig ist.

Zunächst ist dem Landgericht darin zuzustimmen, daß der Kläger der angesichts des substantiierten Bestreitens der Beklagten entsprechend der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (GI 1986, 77 = EWIR § 675 BGB 3/86, 471 [Gräfe] = WM 1986, 486) ihm obliegenden Darlegungslast dafür, daß die Beklagte den von ihm vermißten Ratschlag, eine GmbH zu gründen, nicht erteilt hat, nicht genügt hat. Anderes gilt entgegen seiner Ansicht auch nicht etwa deshalb, weil die Beklagte dem Bruder des Klägers gegenüber in gleicher Situation nur auf die beim Kläger geübte Praxis und nicht auf die Möglichkeit einer GmbH-Gründung hingewiesen haben soll. Diese Behauptung des Klägers kann hier als wahr unterstellt werden, weil sich daraus noch nicht folgern läßt, daß die Beklagte dem Kläger gegenüber den Ratschlag, eine GmbH zu gründen (was dieser abgelehnt haben soll), nicht gegeben hätte.

Aber selbst wenn die Beklagte auch den Kläger nicht in dieser Weise beraten sollte, wäre sie ihm nicht schadenersatzpflichtig, weil seine Beratung durch die Beklagte nicht adäquat kausal für den dem Kläger eingetretenen Schaden gewesen ist. Der Schaden ist vielmehr deshalb entstanden, weil das Finanzamt einen fehlerhaften Steuerbescheid erlassen hat und der Kläger nach der fristlosen Beendigung des Beratungs-

verhältnisses mit der Beklagten es unterlassen hat, diesen Steuerbescheid notfalls im Klagewege vor dem Finanzgericht anzufechten. Eine solche Klage hätte Erfolg gehabt haben müssen.

Da der Steuerbescheid des Finanzamts fehlerhaft gewesen ist und das Finanzamt von Rechts wegen die vom Kläger geübte Praxis hätte anerkennen müssen (wie noch ausgeführt werden wird), fehlt es für den Schadenersatzanspruch des Klägers bereits an einer fehlerhaften Beratung durch die Beklagte. Selbst wenn man annehmen wollte, daß die Beklagte den Kläger auf die Möglichkeit der Gründung einer GmbH hätte hinweisen müssen und das tatsächlich unterlassen habe, das sei für die Entstehung des Schadens kausal gewesen, trifft den auch damals durch einen Steuerberater beratenen Kläger wegen der **Unterlassung der Anfechtung des Steuerbescheides ein derart hohes Mitverschulden (§§ 254, 278 BGB), daß die Schadenersatzpflicht der Beklagten völlig entfällt.**

Die auf dem Betriebsprüfungsbericht vom 30. 11. 1988 gründende Veranlagung des Klägers zur Gewerbebeertragsteuer auch für seine Einkünfte aus der Tätigkeit als Regisseur und Kameramann ist zwar nicht schon deshalb fehlerhaft, weil der Betriebsprüfungsbericht nur Tatsachen- und Rechtsfolgenbehauptungen enthält, wohl aber deshalb, weil sie im Widerspruch zur gefestigten Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs steht. Hiernach gilt vielmehr folgendes:

Eine natürliche Person kann sowohl gewerblich als auch freiberuflich tätig sein und infolgedessen sowohl Einkünfte aus Gewerbebetrieb als auch aus selbständiger Arbeit erzielen, wenn zwischen den Betätigungen kein sachlicher und wirtschaftlicher Berührungspunkt besteht. Aber auch wenn zwischen den Betätigungen gewisse sachliche und wirtschaftliche Berührungspunkte bestehen – also eine gemischte Tätigkeit vorliegt –, sind die Betätigungen regelmäßig getrennt zu erfassen (BFH, Bundessteuerblatt III 1957, 17 ff.; II 1974, 383 ff.; II 1984, 129 ff.). Eine einheitliche Erfassung der gesamten Betätigung ist jedoch dann geboten, wenn die Tätigkeiten sich gegenseitig bedingen und derart miteinander verflochten sind, daß der gesamte Betrieb nach der Verkehrsauffassung als einheitlicher Betrieb anzusehen ist (BFH a.a.O.). Schon in den erwähnten Urteilen von 1957 und 1974 hat der Bundesfinanzhof nachdrücklich ausgeführt, daß es zu gerechteren steuerlichen Ergebnissen führt, wenn die gesonderte Behandlung der einzelnen Tätigkeiten soweit wie möglich ausgedehnt wird. Er hat darauf hingewiesen, daß bei einer einheitlichen Behandlung die Fragen Schwierigkeiten bereiten, nach welchem Maßstab die Tätigkeitsarten miteinander in Vergleich gesetzt werden sollen

und welche Grenze innerhalb des angewendeten Maßstabes entscheidend sein soll.

Nach dieser Rechtsprechung hat sich das Finanzamt nicht gerichtet, als es ohne weiteres angenommen hat, die gewerblichen und die freiberuflichen Tätigkeiten des Klägers bedingen sich gegenseitig und seien derart miteinander verflochten, daß der gesamte Betrieb als ein einheitlicher anzusehen sei.

Die gewerblichen und die freiberuflichen Tätigkeiten des Klägers sind nicht schon deshalb untrennbar miteinander verflochten, weil der Kläger über seine Firma TV mit dem N. und anderen Auftraggebern einheitliche Verträge über die Gesamtheit der Leistungen abgeschlossen hat. Auf die schuldrechtliche Zusammenfassung der Verpflichtung zu mehreren unterschiedlichen Tätigkeiten in einem Vertrag hat der Bundesfinanzhof in diesem Zusammenhang nirgendwo abgestellt. Ebenso wenig hat er vorausgesetzt, daß die unterschiedlichen Tätigkeiten von unterschiedlichen Rechtssubjekten zu erbringen sein müßten, wenn sie unterschiedlich steuerlich zu behandeln sein sollten. Der BFH hat in den genannten Urteilen nicht etwa darauf abgestellt, ob der freiberuflich Tätige für die Erbringung der gewerblichen Leistung etwa eine (Einmann-) GmbH eingeschaltet hat. Vielmehr hat er ausdrücklich klargestellt, daß auch **eine natürliche Person eine gemischte Tätigkeit ausüben kann und dann die verschiedenen Bestandteile dieser gemischten Tätigkeiten regelmäßig getrennt steuerlich zu erfassen sind**. Der Hinweis des BFH auf die Schwierigkeiten, die bei einer einheitlichen steuerlichen Behandlung entstehen und die deshalb im Interesse der Gerechtigkeit bestehende Notwendigkeit, die getrennte steuerliche Behandlung soweit wie möglich auszudehnen, zeigt deutlich, daß das Finanzamt hier voreilig zum falschen Ergebnis gelangt ist.

Tatsächlich bedingen die verschiedenen Leistungen des Klägers einander nicht. Die Regie- und Kameraführung ist ohne weiteres auch dann vorstellbar, wenn der Kläger mit fremden Geräten und fremdem Personal („Equipment“) arbeiten muß. Ebenso ist ohne weiteres vorstellbar, daß der Kläger das Personal stellt und die Kameras vermietet, wenn ein anderer freiberuflich Tätiger Regie und Kamera führt. Die Kombination der unterschiedlichen Leistungen des Klägers im Angebot gegenüber seinen Auftraggebern hat – soweit erkennbar – ausschließlich marktwirtschaftliche Gründe. Die Tätigkeiten sind auch nicht untrennbar miteinander verflochten. Jede dieser einzelnen Leistungen kann gesondert bewertet und berechnet werden.

Ist schon nach diesen Überlegungen die getrennte Erfassung der Betätigungen des Klägers ohne Schwierigkeiten möglich, so wird dies durch die praktische Handhabung in der Vergangenheit nur noch nachdrücklich bestätigt: Das Finanzamt hat bei der vorangegangenen ersten Betriebsprüfung die Tätigkeiten getrennt erfaßt und dabei ersichtlich keine Schwierigkeiten gehabt, wohl aber der steuerlichen Gerechtigkeit zum Sieg verholfen; auch nach der inzwischen vorgenommenen Gründung einer GmbH des Klägers hat das Finanzamt keine Schwierigkeiten mehr, die getrennte Veranlagung vorzunehmen. Daß es auf die Einschaltung einer GmbH zu diesem Zweck nicht ankommt, ist bereits oben unter Hinweis auf das Urteil des BFH aus dem Jahre 1984 ausgeführt. Schon im erwähnten Urteil von 1957 hat der BFH ausgeführt, daß insbesondere eine getrennte Buchführung für eine getrennte Behandlung spricht. Eine Voraussetzung für die getrennte steuerliche Erfassung seiner verschiedenen Tätigkeiten hat der Kläger dadurch geschaffen, daß er für seine Leistungen als Regisseur und Kameramann stets besondere Rechnungen an seine Firma TV gerichtet hat. Dabei spielt der vom Kläger in der Klage in den Vordergrund geschobene Gesichtspunkt, daß der Kläger rechtlich gesehen an sich selbst keine Rechnung richten kann, keine Rolle; diese Rechnungen stellen nur Unterlagen für die Aufteilung seiner Einkünfte in den gewerblichen und den freiberuflichen Bereich zum Zwecke der gesonderten steuerlichen Erfassung dar.

Hiernach kommt es bereits nicht mehr auf folgendes an:

Selbst wenn man die vom Kläger zu erbringenden Tätigkeiten als eine einheitliche, nicht aufteilbare Leistung ansähe, müßte das noch nicht zur Folge haben, wie das Finanzamt gemeint hat, daß die gesamte Leistung steuerlich als gewerbliche anzusehen ist. Für die Beurteilung der Tätigkeit des Klägers kommt es dann nach der erwähnten Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs auf die Umstände des Einzelfalls an, auf das Berufsbild und darauf, welche der einzelnen Tätigkeiten prägend im Vordergrund gestanden haben. Dabei wird man hier – nach dem Vortrag der Parteien – nicht sagen können, daß die Stellung von Personal und die Vermietung von Kameras das Berufsbild des Klägers geprägt haben und gegenüber den Vertragspartnern des Klägers prägend im Vordergrund gestanden haben. Vielmehr ist das **Berufsbild des Klägers dasjenige des freiberuflichen Regisseurs und Kameramanns geblieben**, der nur zusätzliche gewerbliche Leistungen mit angeboten hat. Prägend im Vordergrund gestanden hat auch dann die während der ganzen Arbeitszeit ausgeübte leitende und gestaltende Tätigkeit des Regisseurs und Kameramanns.

Unter der Prämisse der Unteilbarkeit der Leistungen des Klägers wären diese also nicht als gewerbliche, sondern als freiberufliche steuerlich zu behandeln. Das ist aber nicht geboten, weil die Prämisse nicht zutrifft und die Teilbarkeit der Leistungen eine gerechte steuerliche Behandlung ermöglicht.

Da der Kläger das von ihm gewünschte Ergebnis unter Zugrundelegung der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs hätte erreichen können, nachdem er der steuerlichen Beratung der Beklagten gefolgt war, steht ihm ein Schadenersatzanspruch gegen die Beklagte wegen fehlerhafter Beratung nicht zu.

Verjährung des Schadenersatzanspruchs

– Verjährungsunterbrechung
durch Anerkenntnis § 208 BGB

– Verjährungshemmung

IOLG Düsseldorf Urt.v. 13. 6. 1991 – 13 U 17/91

Leitsätze:

1. Die Bemühungen des Steuerberaters, eine Änderung der auf der von ihm fehlerhaft gefertigten Steuererklärung beruhenden Steuerfestsetzung zu erreichen, stellen nicht ohne weiteres ein die Verjährungsfrist des Regreßanspruchs unterbrechendes Anerkenntnis dar.
2. Die anwaltlich beratenden Klienten bedürfen keiner Belehrung durch den Steuerberater über den Ablauf der Verjährungsfrist des Regreßanspruchs.

Leitsätze (d.Verf.):

1. Räumt der Steuerberater ein, etwas falsch gemacht zu haben, kann dies nicht als Anerkenntnis eines Regreßanspruchs aufgefaßt werden, wenn dieser vielleicht noch aus anderen Gründen zweifelhaft ist.
2. Die Unterrichtung der Haftpflichtversicherung stellt kein Anerkenntnis dar.
3. Durch Verhandlungen über den Schadenersatzanspruch wird die Verjährungsfrist nicht gehemmt.

Die zulässige Berufung ist begründet.

Dem Schadenersatzbegehren der Kläger wegen fehlerhafter steuerlicher Beratung steht die vom Beklagten erhobene Einrede der Verjährung entgegen.

- I. Nach § 68 StGB verjährt der Anspruch des Auftraggebers auf Schadenersatz aus dem zwischen ihm und dem Steuerberater bestehenden Vertragsverhältnis in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist. Bei zu hoher Steuerbelastung infolge unrichtiger Angaben in der Steuererklärung entsteht der Regreßanspruch **spätestens mit der Bestandskraft des Steuerbescheids**, also einen Monat nach dessen Zustellung (BGH NJW 1986, 1162, 1163). Bestandskräftig geworden ist der den Klägern am 20.10.1984 zugegangene Einkommensteuerbescheid für das Jahr 1983 folglich mit Ablauf des 20.11.1984. Der Antrag des Beklagten vom 11.5.1986 auf Berichtigung des Steuerbescheids konnte ebenso wie seine weiteren Bemühungen, nicht mehr zu einer Änderung der Steuerfestsetzung zugunsten der Kläger führen. Nach § 173 Nr. 2 AO, dessen Regelungsgehalt mit dem seit dem 1.1.1987 geltenden § 173 Abs. 1 Nr. 1 AO übereinstimmt, sind Steuerbescheide nur dann zu ändern, wenn die eine niedrigere Steuer rechtfertigenden Tatsachen ohne grobes Verschulden des Steuerpflichtigen nachträglich bekannt werden. Ein Steuerberater, dessen Verschulden dem Steuerpflichtigen zuzurechnen ist, läßt aber die übliche Sorgfalt in einem besonders starken Maße außer acht, wenn er eine in einem Steuererklärungsformular ausdrücklich gestellte, auf einen ganz bestimmten Vorgang abzielende Frage nicht beachtet (Klein/Orlopp, AO, 4. Aufl., § 173 Anm. 14 a m.w.N.). Diese Voraussetzungen sind hier erfüllt. Der Beklagte hat den angesprochenen Verlustabzug nach § 10 d EStG nicht angegeben.

Die am 21.11.1984 in Gang gesetzte Verjährungsfrist endete mit Ablauf des 20.11.1987, sie ist weder unterbrochen, noch gehemmt worden. Im Zeitpunkt der Zustellung des Mahnbescheids (6.1.1990) war der Schadenersatzanspruch daher verjährt.

- II. Entgegen der Ansicht der Kläger haben die Bemühungen des Beklagten, im Mai 1986 eine Änderung der Steuerfestsetzung zu erreichen, nicht zu einer Unterbrechung der laufenden Verjährungsfrist geführt. Die Verjährung wird nach § 208 BGB nur unterbrochen, wenn der Verpflichtete dem Berechtigten gegenüber den Anspruch durch Abschlagszahlung, Zinszahlung, Sicherheitsleistung oder in anderer Weise anerkennt. Ein Anerkenntnis in diesem Sinne liegt nach ständi-

ger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (NJW 1988, 1259, 1260 m.w.N.) dann vor, wenn sich aus dem tatsächlichen Verhalten des Schuldners gegenüber dem Gläubiger klar und unzweideutig ergibt, daß dem Schuldner das Bestehen der Forderung bewußt ist und angesichts dessen der Berechtigte darauf vertrauen darf, daß sich der Schuldner nicht nach Ablauf der Verjährungsfrist alsbald auf Verjährung berufen wird. In den namens der Kläger am 11. 5. und 30. 5. 1986 beim Finanzamt gestellten Anträgen des Beklagten auf Berichtigung des Einkommensteuerbescheides 1983 kann aber kein Anerkenntnis eines Anspruchs der Kläger auf Schadenersatz erblickt werden. Die Parteien haben einen Dienstvertrag geschlossen, der eine Geschäftsbesorgung zum Gegenstand hat (§§ 611, 675). Es kommt also nicht das Werkvertragsrecht zur Anwendung, in dessen Geltungsbereich die Vornahme von Nachbesserungsarbeiten in dem Bewußtsein, zur Nachbesserung verpflichtet zu sein, als Anerkenntnis im Sinne des § 208 BGB gewertet werden kann. Die Schlechtleistung eines Dienstverpflichteten führt dagegen ohne weiteres zum Schadenersatzanspruch des Dienstberechtigten. In den Schreiben an das Finanzamt wird man gewiß das Eingeständnis des Beklagten erblicken können, daß ihm ein Fehler unterlaufen sei. **Das bloße Bekenntnis, etwas falsch gemacht zu haben, kann aber nicht als Anerkenntnis eines Schadenersatzanspruches aufgefaßt werden, wenn dieser vielleicht noch aus anderen Gründen zweifelhaft ist** (OLG Hamm, MDR 1990, 547).

Das Wissen, zum Schadenersatz verpflichtet zu sein, wird den Anträgen auf Berichtigung des Steuerbescheids auch schon deshalb schwerlich zu entnehmen sein, weil der Beklagte offensichtlich davon ausging, daß dem Änderungsbegehren Erfolg beschieden sein müßte. Er war, wie seinem Schreiben vom 18. 12. 1988 zu entnehmen ist, noch nach Ablauf der Verjährungsfrist der Auffassung, daß „eine Berichtigung möglich und notwendig“ sei. Sofern dem Beklagten die Rechtslage allerdings bekannt gewesen sein sollte, die Anträge also nur dazu dienten, die Kläger zu beschwichtigen, könnte der Verjährungseinrede der Einwand der unzulässigen Rechtsausübung entgegenstehen. Denn ein Mandant, der sich auf eine sachliche Überprüfung einer Steuerfestsetzung einläßt, darf darauf vertrauen, daß seinem Schadenersatzbegehren sachlich begegnet wird. Er muß jedoch alsbald nach Beendigung der Prüfung von sich aus die Sache wieder aufgreifen (BGH NJW 1985, 1151, 1152). Hier ist den Klägern, wie dem Schreiben vom 23. 7. 1986 an den Beklagten zu entnehmen ist, der Inhalt des ablehnenden Schreibens des Finanzamtes vom 1. 7. 1986 bekanntgegeben worden. Danach hatten die Kläger aber noch genügend Zeit, um ihre Ansprüche vor Ablauf der Verjährungsfrist am

20. 11. 1987 gerichtlich geltend zu machen. Die Erhebung der Verjährungseinrede stellt sich mithin dann, wenn der Beklagte die Kläger tatsächlich hätte hinhalten wollen, nicht als Rechtsmißbrauch dar.

- III. Die Bemühungen des Beklagten in den Jahren 1988 und 1989, eine Änderung der Steuerfestsetzung zu erreichen, konnten die Verjährung, die längst vollendet war, nicht mehr unterbrechen. Selbst wenn ein Anerkenntnis im Sinne des § 208 BGB vorgelegen hätte, wäre dadurch keine neue Verjährungsfrist in Gang gesetzt worden.
- IV. Die Anträge des Beklagten vom 11. 5. und 30. 5. 1986 haben die Verjährungsfrist auch nicht nach § 209 Abs. 1 BGB unterbrochen. Die neuere Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur Verjährungsunterbrechung bei Amtshaftungsansprüchen (BGH NJW 1985, 2324) ist nicht einschlägig. Der Streitfall läßt sich nicht mit einem Verwaltungsverfahren vergleichen, durch das ein aufgrund eines rechtswidrigen Verwaltungsaktes Geschädigter die Ursache für den ihm daraus erwachsenen Schadenersatzanspruch zu beheben versucht.
- V. Die Verjährung ist nicht dadurch **gehemmt** worden, daß es zwischen den Parteien in gewissem Sinne zu einem Meinungs-austausch über den Schadenfall gekommen ist. Die Vorschrift des § 852 Abs. 2 BGB, wonach die Verjährung durch Verhandlungen – dieser Begriff ist weit auszulegen – zwischen dem Ersatzpflichtigen und dem Ersatzberechtigten gehemmt ist, kann auf die Verjährung vertraglicher Ersatzansprüche nicht angewandt werden. Sie gilt grundsätzlich nur für Schadenersatzansprüche aus unerlaubter Handlung. Die Ausdehnung dieser Bestimmung auf rein vertragliche Ansprüche hat der Bundesgerichtshof (MDR 1989, 445) abgelehnt.

In der Unterrichtung der Haftpflichtversicherung ist schließlich kein Anerkenntnis zu erblicken. Die Meldung mußte der Beklagte schon deshalb vornehmen, um den Versicherungsschutz nicht zu verlieren.

- VI. Entgegen der Ansicht des Landgerichts steht den Klägern ein Schadenersatzanspruch nicht deshalb zu, weil der Beklagte es unterlassen hat, auf die drohende Verjährung nach § 68 StBG hinzuweisen. Diese Unterlassung versagt dem Steuerberater im Falle der Verjährung des Primäranspruchs über den „sekundären“ Ersatzanspruch die Verjährungseinrede nur, soweit der Verjährungseintritt auf der Verletzung der Hinweispflicht beruht (BGH MDR 1985, 565). Hier waren die Kläger aber bereits vor Ablauf der Verjährungsfrist des Primäranspruchs anwaltlich beraten, wie das Schreiben der Haftpflichtversicherung des Beklagten vom 13. 4. 1987 zeigt. Ein Belehrungsbedürfnis der Kläger hat daher nicht bestanden.

Honorarforderung

- Sicherungsvertrag
- Schuldanerkenntnis

(OLG Düsseldorf Urt. v. 21. 3. 1991 – 13 U 1/91)

Leitsätze:

1. Das dem um eine Sicherung seiner Honorarforderung bemühten Steuerberater unterbreitete Angebot auf Abschluß eines Sicherungsvertrages stellt in der Regel kein konstitutives Schuldanerkenntnis im Sinne des § 781 BGB dar.
2. Es kann aber die Erfüllungsbereitschaft des Mandanten anzeigen und dem Steuerberater den Beweis erleichtern.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin klagt aus abgetretenem Recht die Honorarforderung eines Steuerberatungsbüros in Höhe von 68.218,50 DM ein.

Mit Schreiben vom 9. 5. 1985 übersandte die Beklagte zu 1) dem Steuerberatungsbüro einen Kontoauszug, in dem die aus ihrer Sicht verbliebenen offenen Posten bis einschließlich 1984 aufgeführt sind. Danach bestanden Honorarforderungen für 1980 von 6.940,69 DM, für 1981 von 8.704,28 DM, für 1982 von 15.607,16 DM und für 1983 von 5.447,16 DM.

Die Beklagte zu 1) fertigte desweiteren das Schreiben vom 3. 1. 1985, in dem es u. a. heißt:

„Sicherungsübereignung:

Für die von Ihnen bestehende Forderung in Höhe von DM 50.000 übereigne ich Ihnen meine kompl. Wohnungs- und Büroeinrichtung laut Anlage.

Die aufgeführten Gegenstände dienen ausschließlich zur Absicherung Ihrer Forderungen.“

Aus den Gründen:

Nach Auffassung des Landgerichts ist das vom Beklagten zu 2) unterzeichnete Schreiben der Beklagten zu 1) vom 3. 1. 1985 als **konstitutives Schuldanerkenntnis** im Sinne des § 781 BGB zu werten, das es dem Beklagten verwehrt, Einwendungen gegen die Honorarforderungen für die Wirtschaftsjahre 1980 bis 1984 zu erheben. Gegen diese rechtliche

Beurteilung wenden sich die Beklagten mit Erfolg, wenngleich dieser sich nicht auf den durch das angefochtene Urteil erledigten Teil des Rechtsstreits auswirkt, sondern allenfalls Bedeutung für den erstinstanzlich noch anhängigen Rest haben kann.

1. Das vorbezeichnete Schreiben enthält nicht das Angebot der Beklagten zu 1) auf Abschluß eines konstitutiven Schuldanerkenntnisses im Sinne des § 781 BGB. **Von einem solchen Anerkenntnis kann nur gesprochen werden, wenn der Wille der Parteien darauf gerichtet ist, unabhängig von einem ursprünglich gegebenen Schuldverhältnis eine neue selbständige Verpflichtung zu schaffen.** Dafür, daß die Beklagte zu 1) dem Steuerberatungsbüro das Angebot zur Übernahme einer vom vorgegebenen Schuldgrund losgelösten Verpflichtung unterbreitet hat, ergeben sich aber weder aus dem Schreiben vom 3. 1. 1985 noch aus den sonstigen Umständen hinreichende Anhaltspunkte. Empfangsbedürftige Willenserklärungen sind nach §§ 133, 157 BGB so auszulegen, wie diese vom Erklärungsempfänger nach Treu und Glauben verstanden werden mußten. Bei der Auslegung ist in erster Linie vom Wortlaut der Erklärung auszugehen, denn dieser ist deshalb die wichtigsten Erkenntnisquelle für den Willen der Parteien, weil die Parteien sich der Worte bedienen, um ihren Willen kundzutun (BGH WM 1967, 824). Hier hat die Beklagte zu 1) in der Überschrift den Anlaß ihres Schreibens konkret genannt, nämlich die Sicherungsübereignung der Wohnungs- und Büroeinrichtung. Weiterhin ist der Schuldgrund erwähnt, wobei unter den verwendeten Begriff „Forderung“ angesichts des Adressaten des Schreibens („Steuerberatungsbüro...“) zweifellos Honorarforderungen zu verstehen sind. **Wird aber ein konkreter Schuldgrund genannt, so rechtfertigt dies im allgemeinen nicht die Annahme, der Wille sei auf die Schaffung einer neuen abstrakten Verbindlichkeit gerichtet** (KG NJW 1975, 1326, 1327). Die Gesellschafter des in Form einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts betriebenen Steuerberatungsbüros haben das Schreiben vom 3. 1. 1985 aber auch gar nicht als Angebot zum Abschluß eines konstitutiven Schuldanerkenntnisvertrages aufgefaßt. Die Zeugin hat bekundet, sie seien seinerzeit wegen bestehender Rückstände an einer Absicherung interessiert gewesen. Nach dem Vorbringen der Klägerin ist das vorbezeichnete Schreiben erst am 20. 4. oder 6. 5. 1986 in den Besitz des Steuerberatungsbüros gelangt. Mit Schreiben vom 15. 12. 1986 hat die Beklagte zu 1) dann eine Aufstellung übersandt, die mit einem offenen Posten zugunsten des Steuerberatungsbüros in Höhe von 13.483,18 DM abschloß. In die Berechnung sind rückständige Honorare für die Jahre 1981 bis 1985 eingeflossen. Das

Steuerberatungsbüro hat die Übersendung der Aufstellung nicht zum Anlaß genommen, auf das Schreiben vom 3.1.1985 zu verweisen. Nach den Bekundungen des Zeugen hat sogar noch im Februar 1987, also nach der „kurzfristigen Niederlegung des Mandats“ vom 13.10.1986, eine Unterredung mit dem Beklagten zu 2) stattgefunden, bei der es um die Abklärung der Positionen ging, die in der von der Beklagten zu 1) übersandten Aufstellung enthalten sind. Der Zeuge hat das Schreiben vom 3.1.1985 wiederum unbeachtet gelassen. Er hat vielmehr die in der Auflistung der Beklagten zu 1) enthaltenen Positionen einer eigenen Berechnung zugrundegelegt, die mit einem offenen Posten von 55.201,04 DM abschloß. Bei dieser Sachlage kann nicht davon ausgegangen werden, daß aus der Sicht der Klägerin und der des Zeugen mit der auf dem Schreiben vom 3.1.1985 erklärten Vertragsannahme eine von dem bestehenden Schuldgrund losgelöste Verbindlichkeit der Beklagten zu 1) geschaffen wurde. Selbst im klagebegründenden Schriftsatz vom 29.3.1988 ist noch nicht von einem konstitutiven Anerkenntnis die Rede.

2. Ein **konstitutives Schuldanerkentnis** wäre allerdings anzunehmen, wenn die Behauptung der Beklagten zuträfe, das Schreiben vom 3.1.1985 sei nur zu dem Zweck gefertigt worden, **die Zwangsvollstreckung anderer Gläubiger in die Einrichtungsgegenstände zu verhindern**. Dann läge eine Fiktion des im Schreiben genannten Schuldgrundes vor, was nach höchstrichterlicher Rechtsprechung (BGH NJW 1980, 1158, 1159) ohne weiteres zur Annahme eines konstitutiven Schuldanerkennnisses führen müßte. Die Wirksamkeit eines solchen Anerkenntnisses hinge davon ab, ob es in einem rechtlichen Zusammenhang mit einer Gegenleistung des Steuerberatungsbüros gestanden hat. Wenn es dagegen ohne Gegenleistung erteilt worden wäre, hätte die Anerkennungserklärung gemäß § 518 Abs. 2 BGB der notariellen Form bedurft (BGH a.a.O.). Die Feststellung, daß das Anerkenntnis unentgeltlich erfolgt ist, läßt sich indessen nicht treffen. Die Beklagten haben nicht zu beweisen vermocht, daß das Schreiben vom 3.1.1985 allein dem Zweck diene, sie vor Vollstreckungsmaßnahmen zu schützen. Die Aussagen der Zeuginnen widersprechen sich gerade im Hinblick auf die behauptete Abrede. Die sonstigen Umstände rechtfertigen es nicht, der Aussage der Zeugin den Vorzug zu geben. Immerhin ist im Schreiben des Beklagten zu 2) vom 29.8.1988 ausgeführt, daß die in Gegenwart der Zeugin geführte Unterredung nicht, wie von dieser bekundet, in der noch weihnachtlich geschmückten Wohnung der Zeugin, sondern im Büro stattgefunden haben soll. Das Schreiben vom 3.1.1985 will der Beklagte zu 2) überdies ohne vorausgegangene

Abrede übersandt und die Zusammenhänge erst auf telefonische Nachfrage der Zeugin erklärt haben. Bei diesen Widersprüchlichkeiten kann nicht als bewiesen gelten, daß das Schreiben vom 3.1.1985 zu dem von den Beklagten behaupteten Zweck gefertigt worden ist.

3. Das vorbezeichnete Schreiben kann auch nicht als **Angebot zum Abschluß eines deklaratorischen Schuldanerkenntnisvertrages** gewertet werden. Ein derartiges Anerkenntnis schafft keine neue Verbindlichkeit, sondern bestätigt lediglich eine schon vorhandene Schuld. Sein Zweck ist es in der Regel, das Schuldverhältnis insgesamt oder zumindest in bestimmten Beziehungen dem Streit oder der Ungewißheit zu entziehen und es insoweit endgültig festzulegen (BGH NJW 1980, 1158). Den Beklagten wären dann sämtliche Einwendungen aus dem Grundverhältnis, die zur Zeit des Vertragsschlusses bekannt waren oder mit denen sie rechneten, abgeschnitten. Die Annahme eines **Schuldbestätigungsvertrages** ist aber nur dann berechtigt, wenn die Parteien einen besonderen Anlaß zu seinem Abschluß hatten. Da der vertragstypische Zweck darin liegt, das Schuldverhältnis – ganz oder teilweise – dem Streit oder der Ungewißheit der Parteien zu entziehen, setzt der bestätigende Schuldanerkenntnisvertrag auch notwendig einen vorherigen Streit oder zumindest eine Ungewißheit der Parteien voraus (BGH NJW 1976, 21159, 2160). Das Schreiben vom 3.1.1985 sollte aber nicht Streit oder Ungewißheit zwischen den Beklagten und dem Steuerberatungsbüro beseitigen. Von einer Festlegung der im Zeitpunkt der Übergabe des Schreibens bestehenden Forderungen sind die Klägerin und der Zeuge auch nicht ausgegangen. Die späteren Verhandlungen über die Höhe der noch zu zahlenden Honorare sprechen für sich.
4. Neben dem selbständigen Schuldanerkenntnis nach § 781 BGB und dem im Gesetz nicht geregelten bestätigenden Schuldanerkenntnis gibt es aber ein Anerkenntnis, das keinen besonderen rechtsgeschäftlichen Verpflichtungswillen des Schuldners verkörpert, das dieser vielmehr zu dem Zweck abgibt, dem Gläubiger die **Erfüllungsbereitschaft mitzuteilen** und ihn dadurch von sofortigen Maßnahmen abzuhalten oder ihm den Beweis zu erleichtern (BGH NJW 1976, 1259, 1260). Legt man den im Schreiben der Beklagten zu 1) vom 3.1.1985 zum Ausdruck gekommenen Willen unter Beachtung des mit der schriftlichen Erklärung verfolgten Zwecks und der beiderseitigen Interessenlage aus, so muß man ihm den Charakter eines derartigen Bestätigungsschreibens beimessen. Der Abgabe dieser Erklärung ist der Wunsch des Steuer-

beratungsbüros nach einer Sicherung der offenen Honorarforderungen vorausgegangen. Wenn die Beklagte zu 1) dem entsprochen und zur „Absicherung“ der „Forderung in Höhe von DM 50.000“ die Wohn- und Geschäftseinrichtung übereignet hat, so wird damit nach der allgemeinen Verkehrsauffassung in jedem Falle die Erfüllungsbereitschaft angezeigt. Mag auch keine materiell-rechtliche Regelung des Schuldverhältnisses vorliegen, so führt eine derartige Erklärung aber doch zu einer Umkehrung der Beweislast oder stellt ein Indiz dar, das der Richter bei der Beweiswürdigung verwerten kann, das allerdings durch den Beweis der Unrichtigkeit des Anerkannten entkräftet werden kann (BGH a.a.O.).

Weiterführender Hinweis:

Zum Schuldanerkenntnis eines Schadenersatzanspruchs OLG Düsseldorf GI 1990, 163; Rechtsprechungshinweise GI 1986, 166 f.

Haftung des Notars

- Schaden
 - richtige Behördenentscheidung
 - Grundstücksübertragung
unter Nießbrauchsvorbehalt
- (OLG Köln Urt. v. 28. 2. 1991 – 7 U 108/90)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Für die Frage, ob aus der Amtstätigkeit des Notars ein Schaden erwächst, kommt es darauf an, wie eine Behörde richtigerweise hätte entscheiden müssen.
2. Eine Nutzungsentschädigung des Vorbehaltsnießbrauchers (= Verkäufer) begründet für den Erwerber grundsätzlich kein Einkommen aus Vermietung und Verpachtung; es ist gleichgültig, ob das Nießbrauchsrecht dem Verkäufer dinglich oder obligatorisch eingeräumt wurde.

Aus den Gründen:

Der Beklagte ist dem Kläger nicht zum Schadenersatz verpflichtet (§ 19 BNotO). Entgegen der Auffassung des Landgerichts war die Änderung des Kaufvertragsentwurfs durch den Beklagten schon deshalb nicht

amtspflichtwidrig, weil der beurkundete Vertragsinhalt gegenüber der ursprünglich vorgesehenen Fassung keine steuerlichen Nachteile für den Käufer mit sich brachte. Auf die weiteren Rügen der Berufung kommt es darum nicht mehr an.

Der Kläger stützt seinen Schadenersatzanspruch darauf, daß das Finanzamt auf der Grundlage des abgeschlossenen Kaufvertrags bei der Festsetzung der Einkommensteuer für das Jahr 1987 keine Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (§ 21 EStG) berücksichtigt habe und ihm deshalb steuerliche Vorteile wegen sodann zulässiger Absetzungen für Abnutzung (AfA) und die Anrechnung hoher Werbungskosten entgangen seien. Diese Steuervorteile, meint er, wären für die Veranlagungszeiträume 1987 und 1988 bei einer Verpflichtung der Verkäufer zur Leistung einer Nutzungsentschädigung von monatlich 2.000,- DM entsprechend der ursprünglichen Konzeption des Kaufvertrages eingetreten. Das trifft indessen nicht zu. Auch die Zahlung einer solchen Nutzungsentschädigung hätte nicht als Einkommen aus Vermietung und Verpachtung anerkannt werden können; Verluste in dieser Einkunftsart infolge Abziehbarkeit von Werbungskosten und AfA wären deswegen bei einer Beurkundung des ursprünglichen Vertragstextes ebensowenig eingetreten.

Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung liegen nur dann vor, wenn der Steuerpflichtige eine **Gegenleistung** für die Überlassung des Gebrauchs oder der Nutzung eines Gegenstands erhält (vgl. Schmidt/Drenseck, EStG, 9. Aufl., § 21 Anm. 1). Daran fehlt es im Streitfall. Bei der Veräußerung eines Grundstücks unter Vorbehalt eines fortdauernden Nutzungsrechts für den Verkäufer verbleibt wirtschaftlich gesehen die Nutzungsmöglichkeit beim Veräußerer. Der Erwerber erlangt von vornherein nur „belastetes“ Eigentum; er erbringt folglich mit der Einräumung des Nutzungsrechts keine eigene Leistung und kann daher hierfür auch keine Gegenleistung beanspruchen, selbst dann nicht, wenn im Kaufvertrag eine bestimmte Summe für den Wert des vorbehaltenen Nutzungsrechts angesetzt wird. Einkünfte aus der Nutzung des Grundstücks sind infolgedessen allein dem Veräußerer zuzurechnen. Das ist jedenfalls für den Vorbehalt **dinglicher** Rechte, insbesondere eines Nießbrauchs, in der Rechtsprechung heute anerkannt (vgl. BFH BStBl II 1982, 378, 379; 1983, 627, 628; 1988, 938, 939; ebenso etwa Blümich/Stuhrmann, EStG, KStG, GewStG, § 21 EStG Rdn. 32 ff.) und entspricht zugleich der Praxis der Finanzverwaltung (vgl. Nießbrauchserlaß des Bundesministers der Finanzen vom 15. II. 1984, BStBl I, S. 561, Tz. 36 ff.).

Für die Einräumung eines **obligatorischen** Nutzungsrechts für den Verkäufer, wie hier, kann nichts anderes gelten. Dem Vorbehalt eines Nießbrauchs steht bei der im Steuerrecht gebotenen wirtschaftlichen Be-

trachtungsweise der Vorbehalt eines nur schuldrechtlich wirksamen Nutzungsrechts gleich; wirtschaftlich – und damit grundsätzlich auch steuerrechtlich – macht es keinen Unterschied, ob der Veräußerer sein weiterbestehendes Nutzungsrecht auf ein dingliches oder obligatorisches Recht gründet (vgl. BFH BStBl II 1986, 327, 328 mit zahlreichen Nachweisen; 1989, 872, 873; Blümich/Stuhrmann, § 21 EStG Rdn. 33 a; Schmidt/Drenseck, § 7 Anm. 3 e [5 a]).

Nicht entscheidend ist, ob die Finanzbehörde dies im Hinblick auf die abweichende Regelung in Tz. 53 b des Nießbrauchserlasses möglicherweise anders beurteilt hätte. **Für die Frage, ob aus der Amtstätigkeit des Notars ein Schaden erwachsen ist, kommt es nicht darauf an, wie eine Behörde tatsächlich entschieden hätte, sondern wie sie richtigerweise hätte entscheiden müssen** (vgl. nur BGH NJW 1986, 1924, 1925; Palandt/Thomas, BGB, 50. Aufl., § 839 Rdn. 78). Dann wäre, wie dargelegt, die Nutzungsentschädigung nicht als Einkommen aus Vermietung und Verpachtung anzuerkennen gewesen. Die Abänderung des Vertragsentwurfs durch den Beklagten hat demzufolge nicht zu einem steuerlichen Nachteil des Klägers geführt, sondern war für ihn nur vorteilhaft.

Belehrungspflichten des Steuerberaters

- Buchhaltungsmandat
- Rechnungen aus dem Ausland

(LG Limburg Urt.v. 13. 3. 1991 – 2 O 419/89 – rkr., WM 1991, 1316)

Leitsatz:

Wer als Steuerberater die an seinen Mandanten gerichtete Rechnungen prüft, muß ihn bei Lieferungen aus dem Ausland darauf hinweisen, daß die in der Rechnung ausgewiesene Mehrwertsteuer an das Finanzamt abzuführen ist.

Zum Sachverhalt:

Der Beklagte war für die Klägerin als Steuerberater tätig. Er bearbeitete auch die Rechnungen, welche die von der Klägerin beauftragte schweizerische Firma B. der Klägerin erstellte. Nachdem diese Rechnungen zunächst einen Pauschalbetrag aufwiesen, veranlaßte der Beklagte, daß

die genannten Rechnungen in Nettobetrag und Mehrwertsteuer aufgeteilt wurden. Die Klägerin überwies den gesamten ausgewiesenen Betrag an die Firma B.

Mit Bescheid vom 29. I. 1988 nahm das FA die Klägerin auf Einrichtung von 109.391,10 DM Umsatzsteuer in Anspruch, weil diese bei dem schweizerischen Unternehmen nicht nacherhoben werden kann.

Aus den Gründen:

Grundlage dieses Anspruchs ist das Verhalten des Beklagten bei der Behandlung der von der Firma B. gegenüber der Klägerin erstellten Rechnungen. Von den Rechnungsbeträgen hätte nur die Nettosumme an die Firma B. ausbezahlt werden dürfen, während die hierauf entfallende Mehrwertsteuer an das Finanzamt hätte abgeführt werden müssen. Der Beklagte hat es unterlassen, die Klägerin auf dieses Erfordernis hinzuweisen. Er kann nicht damit gehört werden, bezüglich der streitigen Rechnungen habe er nur Buchhaltungsarbeiten für die Klägerin erledigt. Da der Beklagte auch als Steuerberater für die Klägerin tätig war, hätte es zumindest zu seinen Nebenpflichten gehört, die Klägerin auf die zuvor erwähnten steuerlichen Gegebenheiten und die Folgen ihrer Nichtbeachtung hinzuweisen. Im übrigen spricht für das **Tätigwerden des Beklagten als Steuerberater** sein unstreitig erfolgter **Hinweis, die Firma B. müsse in ihren Rechnungen die Mehrwertsteuer gesondert ausweisen; das Erstellen einer pauschalierten Rechnung sei unzulässig.**

Ebensowenig kann sich der Beklagte mit seinem Hinweis der Verantwortung entziehen, die von ihm gebuchten Rechnungen hätten lediglich einen Umsatzsteueranteil von 39.494,- DM ausgewiesen; alle anderen Rechnungen seien von dem Steuerberater Dr. H. bearbeitet worden. Hätte der Beklagte von Beginn seiner Tätigkeit für die Klägerin auf das geschilderte Vorgehen hingewiesen (nämlich Zahlung der Mehrwertsteuer an das Finanzamt und Auszahlung des Nettobetrages an die Firma B.), so hätte die Klägerin zur Überzeugung der Kammer sich entsprechend der Gesetzeslage verhalten; sie hätte auch die später dem Steuerberater Dr. H. vorliegenden Rechnungen dann in gleicher Weise behandelt. Ein Schaden wäre nicht entstanden. Es kann dahingestellt bleiben, ob den Steuerberater Dr. H. in gleicher Weise wie den Beklagten die Verantwortung für die steuerliche Behandlung eines Teils der Rechnungen trifft, weil er insoweit mit dem Beklagten als Gesamtschuldner haften würde, wobei die Klägerin berechtigt wäre, **jeden der Gesamtschuldner auf die volle Schadenssumme in Anspruch zu nehmen (§ 421 BGB).**

Darüber hinaus hat der Beklagte keinen Erfolg mit seinem Einwand, den Finanzbehörden sei kein Schaden entstanden, da die Firma B. deutsche Subunternehmer beauftragt habe, die wiederum die Mehrwertsteuer an die jeweils zuständigen Finanzämter abgeführt hätten. Dieses Argument ist im Rahmen des Einspruchsverfahrens durch das Finanzamt D. geprüft und verworfen worden. Die Klägerin war angesichts der überzeugenden und nachvollziehbaren Begründung der Einspruchsentscheidung nicht verpflichtet, Klage beim Finanzgericht zu erheben und ein zeitlich aufwendiges Verfahren mit ungewissen Ausgang in Kauf zu nehmen. Ein solches Vorgehen könnte von der Klägerin allenfalls dann verlangt werden, wenn es Präzedenzfälle gäbe, in denen so entschieden worden wäre, wie es die Rechtsauffassung des Beklagten ist. Daß es derartige Fälle gibt, hat der Beklagte weder vorgetragen noch sind solche Präjudizien der Kammer ersichtlich. Folglich muß der Beklagte die Einspruchsentscheidung des Finanzamtes D. vom 10.10.1990 gegen sich gelten lassen.

Schließlich kann der Beklagte seiner Verpflichtung auf Schadenersatz nicht mit dem Vorbringen entgehen, ab März 1987 seien an die Firma B. nur noch Nettobeträge gezahlt worden, mit denen dann die zuvor unrechtmäßig gezahlte Mehrwertsteuer habe verrechnet werden können. Für eine solche Aufrechnung bestand keine Rechtsgrundlage. Es war zu Lasten der Klägerin noch kein Haftungsbescheid ergangen. Mithin wußte die Klägerin nicht, ob sie wegen der nichtabgeführten Mehrwertsteuer herangezogen werden würde. Sie konnte damit rechnen, daß das Finanzamt den eigentlichen Steuerschuldner in Anspruch nehmen werde. Überdies stand die endgültige Haftung der Klägerin erst mit der Einspruchsentscheidung vom 10.10.1990 fest. Es lag somit erst zu diesem Zeitpunkt eine rechtskräftige Forderung vor, die eine Aufrechnung mit fälligen Forderungen der Firma B. hätte ratsam erscheinen lassen.

GI Leitsätze

Verjährung des Schadenersatzanspruchs / Verjährungsbeginn / § 68 StBerG

Wenn ein Steuerberater seinen Mandanten bei der gesellschaftsrechtlichen Umgestaltung von dessen Unternehmen falsch berät und infolgedessen der erstrebte steuerliche Erfolg (hier: Abzug des Geschäftsführergehalts bei der Gewerbesteuer) nicht eintritt, beginnt der Lauf der dreijährigen Verjährungsfrist des § 68 StBerG frühestens ab dem Zeitpunkt, ab dem die Finanzverwaltung erstmals die entsprechend diesem steuerlichen Ziel abgefaßten Steuererklärungen beanstandet.

(OLG Karlsruhe Urt. v. 28. 12. 1990 – 13 U 248/89 [n.rkr.] – NJW RR 1991, 922 vgl. a. A. auch OLG Köln GI 1991, 183 – LG Mannheim GI 1991, 138)

Zurückbehaltungsrecht d. StB / Honorarforderungen

Die Natur des Schuldverhältnisses zwischen Steuerberater und Mandant schließt es nicht aus, dem Steuerberater ein Zurückbehaltungsrecht wegen Gebührenforderungen an solchen Unterlagen zuzuerkennen, die er im Rahmen des Vertragsverhältnisses von seinem Mandanten erhalten hat.

(LG Zweibrücken Urt. v. 3. 12. 1990 – 2 O 85/90 – DSfR 1991, 663)

Weiterführend: BGH GI 1989, 37 mit Anmerkung, GI 1988, 117; Zeiler DB 1987, 2136; Weyand DSfR 1988, 504, OLG Düsseldorf NJW 1977, 1201

Anlageberater / Haftung / Brancheninformationsdienst

Ein Anlageberater muß die in einschlägigen Brancheninformationsdiensten enthaltenen Informationen über von ihm vertriebene Kapitalanlagen kennen und im Falle negativer Berichterstattung den Anleger darauf hinweisen. Unterläßt er dies, so ist er zum Ersatz des beim Anleger eingetretenen Schaden aus positiver Forderungsverletzung verpflichtet.

(LG Düsseldorf Urt. v. 2. 5. 1991 – 12 O 4/91 – n.rkr., RPKU 1.099/91)

Anwaltssozietät / irreführende Angaben / § 3 UWG

Die Bezeichnung einer Anwaltssozietät „Rechtsanwälte X. u. coll.“ ist zur Irreführung geeignet, wenn neben den namentlich genannten Rechtsanwälten X. keine weiteren gesellschaftsrechtlich miteinander verbundenen Rechtsanwälte tätig sind. Denn in einem solchen Falle werden potentielle Mandanten in ihrer Erwartung getäuscht, daß ihnen für etwaige Regreßansprüche wenigstens drei Rechtsanwälte unmittelbar haften.

(OLG Hamm Beschl. v. 13. 6. 1991 – 4 U 97/91 [rkr.] – EWiR § 3 UWG 8/91, 923 [Michalski])

Rechtsberatungsgesetz / Versicherungsberatung / Versicherungsmakler

Ein Versicherungsmakler bedarf zur ansonsten erlaubnispflichtigen Tätigkeit als Versicherungsberater nicht der Erlaubnis nach dem RBerG, da die Versicherungsberatung in unmittelbarem Zusammenhang mit der Tätigkeit als Versicherungsmakler steht.

(OLG Stuttgart Urt. v. 28. 12. 1990 – 2 U 121/90 – RBeistand 1991, 60)

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1–12, 1991)

Abtretung		Bindungswirkung	
– d. Honoraranspruchs	91, 305	– belastender Steuerbescheid	91, 116
Allgemeine Geschäftsbedingungen		Buchführungsauftrag	
– Ausschluß d. Kündigungsrechts	91, 42	– Belehrungspflichten	
– Ausschlußfrist	91, 275	– Auslandsrechnungen	91, 337
– im Treuhandvertrag	91, 275	– Bewirtungskostenbelege	91, 241
– Subsidiaritätsprinzip	91, 275	– Kassenbuch	91, 85
Allgemeine Versicherungsbedingungen (AVB) (s. auch Versicherungsschutz)		– Kontierung	
– wissentliche Pflichtverletzung	91, 38	– Belegaussage	91, 99
– Kausalitätsprüfung	91, 41	– Prüfung d. Unterlagen	91, 147
– Wirksamkeit, AGBG		– Umbuchungen	91, 156
Anerkennung		Buchhaltungsunterlagen	
– d. Bilanzberichtigung	91, 72	– Aufforderung zur Vorlage	91, 85
– d. Honorarforderung, § 781 BGB	91, 331	Darlegungslast f. Regreßanspruch	
– Verjährungsunterbrechung, § 208 BGB		(s. auch Beweislast)	
– Anfechtung d. Steuerbescheides	91, 327	– Bilanzfehler	91, 156
– Fehlermitteilung	91, 327	– Buchungsfehler	91, 156
– Information d. VH-Versicherers	91, 327	Dienstvertrag	
Anlageberatung		– Steuerberatungsvertrag	91, 8, 12
– Abgrenzung zur Steuerberatung	91, 223	Dritthaftung	
– Risiken		– Erklärungen d. RA	91, 132
– wirtschaftliche –	91, 301	– Verhandlungsgehilfe d. Mandanten	91, 132
Anlagevermittler		– Vertrag m. Schutzwirkung zugunsten Dritter	
– Belehrungspflichten		– Bewertung	91, 68
– negative Brancheninformation	91, 340	– Bilanzerstellung	91, 109
Arglistenwand		– Gesellschaftsgründung	91, 109
– gegenüber Verjährungseinrede	91, 211	– Testat	91, 68
Aufrechnungsverbot		– Verschulden	
– § 19 GmbHG	91, 164	– b. Vertragsverhandlungen	91, 132
Auseinandersetzung		Durchgriffshaftung	
– Wertpapierdepot v. Eheleuten	91, 170	(s. Geschäftsführer Wp/StB-GmbH)	
Auskunftsvertrag		Erbenermittler	
– stillschweigender Abschluß		– Rechtsberatung	91, 312
– Verdienstbescheinigung	91, 62	Feststellungsklage	
Bankhaftung		– negative –	91, 187
– Darlehensvollmacht, Eheleute	91, 170	Firma	
– Haftung d. Ehefrau b. Betriebskredit	91, 170	– GbR	
– Haftungsbeschränkung, grobes Verschulden	91, 114	– (mit beschränkter Gesellschafterhaftung)	91, 84
Bauherrenmodell		– Zusatz „Revision“	91, 170
– Begriff „Wohnfläche“	91, 275	Finanzgerichtsordnung	
– Grunderwerbsteuer	91, 3	– Vertragsbefugnis, LStHV u. StBGS	91, 248
Belehrungspflicht d. StB, Wp, RA		Fristenkontrolle	
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit		– Ausgangskontrolle	91, 84
– nach Belehrung über Ehegattenvertrag	91, 233	– Fristüberwachung durch RA	91, 114
– vergebliche Belehrungen	91, 28	– Fristverlängerung o. Akte	91, 201
– Belehrung d. Vorberater	91, 28	– Gerichtsferien	91, 201
– eigene Sachkunde, Geschäftsmann	91, 223	– Fristversäumnis, verschuldete –	
– über steuersparende Vermögensanlagen	91, 223	– Akte an Bürovorsteher	91, 170
– ungefragte –		– Brief an unzuständiges Gericht/FA	91, 114
– bei erkennbar fehlerhafter Entscheidung	91, 223	– Telefax	
	233, 241	– Übermittlungsfehler	91, 274
	91, 63	– Weisung an Bürokraft	91, 84
– Zweifel d. Steuerberaters	91, 114	– mündliche Weisung	91, 201
– Beweislast		Gesamtschuld	
– über Fehler d. Vorberaters		– mit Architekt	91, 189
– auf Schadenersatzansprüche	91, 230	Geschäftsführer Wp/StB-GmbH	
– Haftungsklausel	91, 233	– Haftung des –	91, 52
– nach rkr. Schätzung: WE o. Erlaß		Gewinnfentgangener, § 252 BGBI	
– über steuerliche Risiken		– Darlegungslast	91, 42
– Vermögensanlagen	91, 223	– rechtswidrige Kündigung d. StB-Vertrages	91, 42
– über Vermögenssituation	91, 223	GmbH	
Beweislast		– Einzahlungsmanipulation	91, 98
– f. unterlassene Aufklärung/Belehrung	91, 114	– Schaden	
– f. Fehlberatung	91, 72, 323	– Verlust d. Stammeinlagen	91, 161
– f. Rücknahme d. Rechtsbehelfs	91, 77	– Selbstkontrahierungsverbot, Befreiung	91, 274
Bilanzberichtigung		– Stammeinlage	
– Anerkennung?	91, 72	– Umbuchung d. Darlehensforderung	91, 161

- verdeckte Gewinnausschüttung = Schaden	91, 150	Nachbesserung	
Grunderwerbsteuer		- Kosten der -	91, 32
- Änderung d. Rechtsprechung	91, 144	- Nachbuchungen	91, 32
- bei Bauherrengemeinschaft	91, 3	- Stundenhonorare, angemessene	91, 161
- Grundstücksbeschaffungskosten	91, 144	- Wechsel d. StB	91, 144
Haftungsbeschränkung		Neue Bundesländer	
- auf grobe Fahrlässigkeit	91, 114, 265	- Rückübertragung u. Umbauarbeiten	91, 200
- Verjährungsverkürzung in AGB	91, 265	Nießbrauch	
- auf steuerl. Ziele	91, 265	- richtige Behördenentscheidung	91, 335
Honoraranspruch d. StB		Notar	
- Abtretung d. -	91, 305	- Einsicht in Flurkarte	91, 84
- Anerkenntnis d. Mandanten	91, 331	- Vollzug, verzögerter	91, 2
- Aufrechnung mit Schadenersatzanspruch = in zweiter Instanz	91, 8	- Vorbehaltsnießbrauch	91, 335
- Änderung der Rechnung	91, 32	Prospekthaftung	
- Buchführung		- Änderung d. Rechtsprechung	
= Gebühr nach Zeitabschnitten	91, 32	= Grunderwerbsteuer	91, 144
= Grundstücksverwaltungen, § 33 StBGebV	91, 16	- zugesicherte Eigenschaft	91, 144
= monatliche Ratenzahlungen	91, 66	- Garantienstellung	91, 234
- Einforderbarkeit		- Grunderwerbsteuer	91, 144
= Rahmengebühr	91, 66	- vorgesehene Nutzung	91, 144
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV		- d. Treuhänders	
= Gegenstandswert	91, 14	= Mittelverwendungskontrolle	91, 301
= Hinweis auf Gebührenvorschrift	91, 18	Provisionsgeschäfte	
= Mitteilung der Rechnung	91, 15	- Aufklärungspflicht	91, 287, 293
= Zeitgebühren	91, 14, 15	- Rückforderung der Provision	91, 145, 248, 293
- Erfolgshonorar	91, 58	- kostenlose Reise	91, 248
- Fälligkeit, § 7 StBGebV		- Schadenersatzpflicht d. Unternehmers	91, 294
= Buchführungshonorar	91, 22	= d. Unternehmers	91, 287
- für nicht erbrachte Leistungen	91, 147	- Zahlung an Strohmann	91, 145
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV		- Zahlung an Unternehmensberatungs-GmbH	
= Mittelgebühr		= Beteiligung v. Anwälten	91, 293
= Darlegungslast	91, 66	Rechtsanwalt	
- entgangener Gewinn	91, 42	- Beratungspflichten	
- vermeidbarer -	91, 19	= Kündigung, Versendungsart	91, 144
= keine Bilanzierungspflicht	91, 19	- Kündigungsschutzklage	
- Lohnkosten, § 34 StBGebV	91, 16	= Konkursausfallgeld	91, 62
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	91, 15	- Unterhaltsklage	91, 2
- Zeitgebühren		- Verspätungseinwand, § 282 ZPO	91, 2
= f. Nachbesserungsarbeiten	91, 161	Rechtsberatung	
= für Nichtstun	91, 14, 15	- d. Angestellte, Art. 1 § 6 Abs. 1	91, 209
Kausalität		- Erbenergitter	91, 312
- zwischen Pflichtwidrigkeit u. Schaden		- d. Gewerbetreibenden, Art. 1 § 5	
= Unterbrechung d. Kausalzusammenhangs	91, 158	= unmittelbarer Zusammenhang	91, 209
Klageauftrag		- d. Treuhänder	
- Belehrung über Klageaussichten	91, 114	= Abtretung v. Regreßansprüchen	91, 274
Klageerhebung		- d. Unternehmensberaters	91, 207
- bei unzuständigem Gericht	91, 114	- d. Wirtschaftsprüfers, Art. 1 § 5 Nr. 2	
Konkursantragspflicht, § 130 a HGB		= Vertragsformulierung	91, 57
- Pflicht der Geschäftsorgane	91, 101	= Wirtschaftsberatung	91, 57
Konkursverwalter, Haftung d. -		- d. Wohnungsverwalters	91, 200
- Masseunzulässigkeit		- d. Versicherungsmaklers	91, 340
= Fortführung d. KO	91, 312	Regisseur	
Lohnsteuerhilfsverein		- freiberufl. u. gewerbl. Tätigkeit	
- Vertretungsbefugnis FG	91, 28	Regreßprozeß	
Minderkaufmann		- negative Feststellungsklage	91, 49
- Lebensmitteleinzelhandel	91, 20	- Sachverständigengutachten	
- Pflicht zur Buchführung u. Bilanz	91, 20	= Urkundenvorlage	91, 63
Mittelverwendungskontrolle		Schaden	
- Hinweis d. - zum Prospekt	91, 301	- AfA, entgangene	
- Prospekthaftung	91, 301	= gesamte Vermögenslage	91, 231
Mitverschulden		- Behördenentscheidung, richtige -	91, 335
- kapitaleretzende Gesellschafterdarlehen	91, 23	- Kapitalanlage	91, 223
- neues Klageverfahren, zumutbar	91, 248	- vermeidbares Steuerberatungshonorar	91, 19
- d. Kreditgebers		- Steuervorteile	
= Verdienstbescheinigung	91, 62	= rechtswidrige -	91, 62, 211
- Prüfung d. Bilanz		= verdeckte Gewinnausschüttung	91, 150
= durch GmbH-Geschäftsführer	91, 24	- Vermögensauswirkungen	
= Stammkapitalforderung	91, 23	= entgangene AfA	91, 231
- Rechtsmittel, unterlassenes -	91, 323	- Verspätungszuschläge	91, 85
- Reisekosten	91, 243	- Zweifamilienhaus	91, 231
- Vorsatz d. Geschädigten	91, 222	Schätzung (§ 162 AO)	
		- Schaden	
		= Bindung an Erklärung in Schlußbesprechung	91, 77
		Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB	
		- vorsätzliche Schädigung	91, 132

Sozietät		Unlauterer Wettbewerb, § 3 UWG	
- irreführende Angaben, § 3 UWG	91, 340	- Sozietätsangabe	91, 340
- Haftung d. ausgeschiedenen Sozius	91, 205	Unterhaltsklage	
- überörtliche -	91, 84	- Streitwertgestaltung	91, 2
- unzulässige Bezeichnung	91, 84	Unternehmensberater	
Standesrecht		- Schuldenregulierung, Rechtsberatung	91, 207
- gewissenhafte Berufsausübung		Verdeckte Gewinnausschüttung	
= Beantwortung von Schreiben	91, 312	- Schaden	
StB-GmbH, Wp-GmbH		= Steuervorteile	91, 150
- faktischer Geschäftsführer	91, 5	Verdienstbescheinigung	91, 62
- Geschäftsführer: StB u. RA	91, 248	Verjährung (§ 51 BRAO)	
Steuerberaterkammer		- Belehrungspflicht ü. Fehler u. Verjährungsvorschrift,	
- Beantwortung von Anfragen	91, 5	Sekundäranspruch	
Steuerberatungsgesetz		= nach Anspruchserhebung	91, 200
- § 5		Verjährung (§ 51 a WPO)	
= Kontieren	91, 32	- Treuhand	91, 138
- § 57		Verjährung (§ 68 StBerG, § 51 a WPO)	
= Werbeverbot, Stellenanzeigen	91, 74	- Arglisteinwand s. d.	91, 213
Steuerberatungsvertrag		- Art d. Berufstätigkeit	91, 49
- Auflösung des -		= Treuhänder	91, 138
= fristlose Kündigung, § 627 BGB	91, 42	- Bekanntgabe Steuerbescheid	91, 192
- pauschaler Schadenersatz	91, 147	- Belehrungspflicht ü. Fehler u. Verjährungsvorschrift,	
- Zustandekommen d. -		Sekundäranspruch	
= stillschweigender Abschluß	91, 234, 262	= Anerkenntnis, § 208 BGB	91, 327
Steuergestaltungsberatung		= Inhalt	91, 171
- RKV-Gutachten	91, 101	= keine -	
- Saldierung der Vor- u. Nachteile	91, 2	Treuhänder, Wp	91, 138
- Umwandlung	91, 101	= Wiederholung d. Fehlers	91, 171
Steuerhinterziehung		- Verjährungsbeginn	
- Zuschätzungen d. Stb.	91, 313	= Außenprüfung, Korrektur d. BGH	91, 171
Strafbarkeit		= Außenprüfung, Schaden v. Prüfungsjahr	91, 251
- Treuhänder		= Außenprüfung ohne Schlußbesprechung	91, 188
= Vermögensbetreuungspflicht	91, 312	= Bauherrenverträge etc.	91, 138
Telefonwerbung	91, 222		223, 340
Treuhänder		= versicherungsschutzrechtl. Behandlung	91, 249
- Änderung d. Rechtsprechung	91, 115	= Bilanzaushandigung	91, 14
- Bindung d.	91, 265	= Bilanzfehler	91, 24
- Dritthaftung	91, 132	= Erwerb v. Eigentumswohnungen	91, 194
- Gesamtschuld		= Fehlbuchung, Stammkapitalforderung	91, 24
= Regreß-/Ausgleichsanspruch	91, 124	= fehlerhafte Gestaltungsberatung	91, 183
- Haftungsausschluß f. steuerliche Folgen	91, 115	= Kauf v. Unternehmensanteilen	91, 49
- Haftungsbeschränkung		= Steuerberaterhonorar, vermeidbares	91, 19
= Ausschußfrist, 6 Monate	91, 275	= mehrere Veranlagungsjahre	91, 313
= subsidiäre Haftung	91, 115, 275	= Wiederholung d. Fehlers	91, 313
= unmittelbarer Vermögensschaden	91, 115, 275	= Zinsschäden	91, 313
= Verjährungsverkürzung	91, 265	- Verjährungshemmung	
= steuerl. Ziele	91, 301	= Verhandlung	91, 327
- Mittelverwendungskontrolle		- Verjährungsunterbrechung, s. Anerkenntnis	91, 192
- Planabweichung		= FG-Verfahren, § 209 BGB	
= Kostenverteilungsschlüssel	91, 275	Verjährungsunterbrechung	
= Nutz-/Wohnfläche	91, 123	- s. Anerkenntnis	
- Prospekthaftung d. -		Verkehrs-/Prozeßanwalt	
= Mittelverwendungskontrolle	91, 301	- Verantwortungsbereiche	91, 222
- Schaden		Verschulden bei Vertragsverhandlungen	
= bei Flächenverminderung	91, 123	- d. RA	91, 132
= Verflechtungshinweis	91, 128	Verschwiegenheit	
- Strafbarkeit d. -		- Abtretung d. Honorarforderung	91, 305
= Vermögensbetreuungspflicht	91, 312	- Unterlagen an Krankenkasse	91, 274
- freiberufliche Tätigkeit, § 18 EStG	91, 84	Versicherungsleistung	
- Überwachung d. Abwicklung		- Rückforderung	91, 92
= wg. d. Steuervorteile	91, 115	Versicherungsmakler	
- Verhandlungsgehilfe d. Mandanten	91, 132	- Rechtsberatung, Versicherungsberatung	91, 340
- Verjährung von Regreßansprüchen		Versicherungsschutz	
= Sekundäranspruch	91, 138	- Ansprüche gegen Versicherer	91, 2
= Verjährungsbeginn,		- wissentl. Pflichtverletzung	91, 33
Bauherrenverträge	91, 138	= Kausalität	91, 38
= Wirtschaftsprüfer	91, 128	= Provisionsvereinbarung	91, 33
- Verflechtungen d. Treuhänders		= Wirksamkeit, AGBG	91, 41
- Zentraltreuhänder		- Serienschaden	
= Bindung an Vertragsentwürfe	91, 265	= Dauerverstoß	91, 249
- Zweckerreichung	91, 123	= einheitl. Schaden	91, 249
Umwandlung		= jährl. Steuererklärung	91, 249
- RKV-Gutachten	91, 101	- Zahlungsanspruch	91, 2
- Schuldübernahme	91, 101		

Verspätungszuschläge		BGH v. 19. 2. 1991 – VI ZB 2/91	91, 201
– Schaden	91, 85	= BB 91, 932	
		= NJW RR 1991, 827	
Vorteilsausgleich		BGH v. 14. 3. 1991 – VII ZR 342/89	91, 287
– ersparte Mietaufwendungen	91, 222	= DB 91, 933	
– aufgedrängte Steuerberaterleistung	91, 21	= DB 91, 1322	
– Steuervorteile	91, 222	= NJW 91, 1819	
= rechtswidrige	91, 62, 211	= WM 91, 1086	
= verdeckte Gewinnausschüttung	91, 150		
– Wertzuwachs	91, 222	BGH v. 4. 4. 1991 – IX ZR 215/90	91, 171
Wohnungsverwalter		= WM 1991, 1089	
– Prozeßführung, Rechtsberatung	91, 200	= ZiP 1991, 589	
Zurückbehaltungsrecht		= BB 1991, 999	
– an Originalunterlagen d. Mandanten	91, 340	= DB 1991, 1320	
		= StB 1991, 205	
Zuschätzung		BGH v. 9. 4. 1991 – XI ZR 136/90	91, 222
– Mehrerlöse	91, 313	= VersR 91, 888	
– d. Steuerberater	91, 313	= WM 1991, 890	
		= ZiP 1991, 644	
BGH v. 21. 6. 1988 – VI ZB 14/88	91, 170	BGH v. 23. 4. 1991 – I StR 734/90	91, 313
BGH v. 3. 7. 1989 – StbSt (R) 14/88	91, 5	= wistra 1991, 265	
= wistra 1990, 60		BGH v. 7. 5. 1991 – IX ZR 188/90	91, 223
BGH v. 19. 12. 1989 – IX ZR 29/89	91, 2	= DSTZ 91, 632	
= VersR 1990, 866		= WuB VIII D § 68 StBerg 1/91, Thode	
BGH v. 17. 5. 1990 – IX ZR 85, 89	91, 132	= BB 91, 1374	
= NJW 1991, 32		= MDR 91, 725	
= NJW RR 91, 739		= WM 1991, 1303	
= WM 1990, 1554		BGH v. 15. 5. 1991 – IV ZR 85/90	91, 248
BGH v. 26. 9. 1990 – IV ZR 147/89	91, 33	= NJW RR 1991, 1306	
= BB 1990, 2362		= VersR 91, 873	
= DB 90, 2589		= BB 91, 1376	
= NJW RR 91, 145		BGH v. 15. 5. 1991 – VII ZR 123/90	91, 275
= VersR 91, 176		= WM 91, 1266	
BGH v. 22. 11. 1990 – I ZB 13/90	91, 222	BGH v. 23. 5. 1991 – III ZR 73/90	91, 248
BGH v. 28. 11. 1990 – XII ZR 130/89	91, 92	= EWiR § 255 BGB 2/91 767 (Grunsky)	
= BGHZ 113, 62		BGH v. 27. 5. 1991 – AnwZ IBl 8/91	91, 248
= NJW 91, 919		= ZiP 1991, 1006	
= VersR 91, 356		BGH v. 6. 6. 1991 – IX ZR 195/90	91, 251
= WM 91, 639		BGH v. 20. 6. 1991 – IX ZR 226/90	91, 313
BGH v. 18. 12. 1990 – XI ZR 176/89	91, 145	= WM 1991, 1597	
= WM 91, 595		= DB 91, 2031	
= NJW 91, 1224		= BB 91, 1886	
= JuS 91, 691 m. Anm. K. Schmidt			
= VersR 91, 558			
= StB 91, 219			
BGH v. 16. 1. 1991 – VII ZR 14/90	91, 128	BfH v. 22. 1. 1991 – X R 107/90	91, 248
= RPK U 1023/91		= DStR 1991, 662	
= WM 1991, 695		BfH v. 13. 3. 1991 – IR 1/90	91, 274
BGH v. 17. 1. 1991 – VII ZR 143/89	91, 124	(Rheinland-Pfalz)	
= WM 1991, 769		= NJW 1991, 2039	
BGH v. 22. 1. 1991 – XI ZR 111/90	91, 170		
= RPK U 1022/91			
= WM 91, 313			
= ZiP 91, 224			
BGH v. 24. 1. 1991 – I ZR 133/89	91, 222	OLG Bamberg v. 14. 2. 1990 – 3 U 103/89	91, 170
= BB 91, 1140		= WPK-Mitteilung 1990, 288	
= RPK U 1.051/91		OLG Düsseldorf v. 2. 11. 1989 – 8 U 232/88 rkr.	91, 32
= WM 91, 1056		= EWiR § 675 BGB 2/90, 39 (A. Junker)	
= ZiP 91, 751		OLG Düsseldorf v. 15. 3. 1990 – 18 U 207/89	91, 18
BGH v. 24. 1. 1991 – IX ZR 121/90	91, 205	= StB 1990, 205	
= WM 1991, 743		OLG Düsseldorf v. 22. 3. 1990 – 2 U 83/89	91, 84
BGH v. 31. 1. 1991 – IX ZR 124/90	91, 85	= NJW 1990, 2133	
= DB 1991, 698		OLG Düsseldorf v. 3. 5. 1990 – 18 U 209/89 rkr.	91, 63
= NJW RR 91, 749		OLG Düsseldorf v. 28. 5. 1990 – 18 U 29/90 rkr.	91, 8
= MDR 91, 727		OLG Düsseldorf v. 13. 6. 1990 – 6 U 234/89 rkr.	91, 114
= WM 1991, 814		= RPK U 1019/91	
BGH v. 6. 2. 1991 – VIII ZR 26/90	91, 115	OLG Düsseldorf v. 21. 6. 1990 – 18 U 33/90	91, 15
= BB 91, 571		= StB 1990, 312	
= WM 91, 765		OLG Düsseldorf v. 28. 6. 1990 – 18 U 29/90 rkr.	91, 12
= DB 91, 1319		OLG Düsseldorf v. 18. 10. 1990 – 18 U 124/90 rkr.	91, 239
= NJW RR 91, 666		OLG Düsseldorf v. 18. 10. 1990 – 18 U 92/90 rkr.	91, 258
= WuB I 6 7 – 7/91 v. Heymann		= StB 1991, 378	
= VersR 91, 562		OLG Düsseldorf v. 31. 10. 1990 – 18 U 99 u. 113/90 rkr.	91, 66

OLG Düsseldorf v. 15. 11. 1990 – 18 U 242/88	91, 150	LG Hagen v. 21. 10. 1989 – 19 O 211/88	91, 200
OLG Düsseldorf v. 22. 11. 1990 – 18 U 191/90	91, 42	= NJW RR 91, 541	
OLG Düsseldorf v. 22. 11. 1990 – 18 U 104/90 rkr	91, 98	LG Hannover v. 17. 10. 1988 – 44 StL 35/88	91, 274
OLG Düsseldorf v. 6. 12. 1990 – 18 U 123/90	91, 156	= StB 1991, 14, rkr.	
= StB 91, 222		LG Hannover v. 10. 7. 1991 – 6 O 371/90	91, 274
OLG Düsseldorf v. 13. 12. 1990 – 18 U 122/90	91, 161	= RPK U 1.086/91, nrkr.	
OLG Düsseldorf v. 21. 3. 1991 – 13 U 1/91	91, 331	LG Hof v. 23. 1. 1990 – 1 O 328/89	91, 77
OLG Düsseldorf v. 16. 5. 1991 – 13 U 15/91	91, 188	LG Karlsruhe v. 21. 8. 1990 – 2 O 313/89	91, 28
OLG Düsseldorf v. 13. 6. 1991 – 13 U 17/91	91, 327	LG Kassel v. 21. 2. 1989 – 3 O 578/88 rkr.	91, 29
OLG Frankfurt v. 28. 3. 1990 – 17 U 181/88	91, 84	LG Kassel v. 11. 4. 1991 – 2 S 106/91	91, 274
= NJW RR 1991, 154		= BVerG NJW 1991, 1193	
OLG Hamburg v. 5. 4. 1989 – 5 U 44/86	91, 49	= vgl. BGH NJW 1991, 1871	
OLG Hamburg v. 23. 2. 1990 – 11 U 195/89	91, 301	= DAR 91, 311	
OLG Hamburg v. 28. 2. 1990 – 5 U 244/88	91, 293	= vgl. OLG NJW 1989, 594,	
OLG Hamburg v. 28. 11. 1990 – 5 U 139/88	91, 233	OLG NJW 1991	
OLG Hamburg v. 10. 1. 1991 – 3 U 208/90 rkr.	91, 222	LG Kleve v. 5. 12. 1990 – 2 O 203/90	91, 62
OLG Hamburg v. 25. 1. 1991 – 1 U 682/90	91, 211	LG Köln v. 24. 9. 1990 – 32 O 112/90	91, 222
OLG Hamburg v. 25. 1. 1991 – 11 U 103/90	91, 323	LG Köln v. 27. 9. 1990 – 1 S 173/90	91, 114
OLG Hamm v. 25. 2. 1988 – 21 U 195/87	91, 265	= NJW RR 1991, 184	
OLG Hamm v. 16. 12. 1988 – 25 U 10/88	91, 72	LG Limburg v. 11. 4. 1990 – 2 O 125/88	91, 2
OLG Hamm v. 7. 7. 1989 – 25 U 243/88	91, 194	= VersR 1990, 1114	
OLG Hamm v. 16. 10. 1989 – 23 U 1/89	91, 68	LG Limburg v. 13. 3. 1991	91, 337
OLG Hamm v. 9. 5. 1990 – 25 U 134/89	91, 304	– 2 O 419/89 – rkr.	
OLG Hamm v. 17. 10. 1990 – 25 U 57/89	91, 192	LG Mannheim v. 14. 8. 1990 – 9 O 136/90	91, 138
OLG Hamm v. 23. 11. 1990 – 25 U 244/89	91, 62	= KaRS 1991, 159	
bestätigt LG Paderborn		LG Mönchengladbach v. 24. 4. 1990 – 6 O 3/89 n. rkr.	91, 2
Urt. v. 19. 10. 1989 – 3 O 304/89, GI 1990, 40		LG München I v. 19. 4. 1991 – StL 7/91	91, 312
OLG Hamm v. 5. 3. 1991 – 8 U 107/89 rkr	91, 170	= StB 1991, 327	
= RPK U 1025/91		LG Wuppertal v. 30. 7. 1991 – 5 O 41/91	91, 312
OLG Hannover v. 1. 3. 1990 – 44 StL 1/91 rkr.	91, 74		
OLG Karlsruhe v. 24. 5. 1989 – 6 U 51/88	91, 101	BezG Magdeburg v. 14. 3. 1991 – 4 S 2/91 rkr.	91, 200
OLG Karlsruhe v. 12. 9. 89 – 8 U 180/87 rkr.	91, 144	= ZIP 1991, 546	
nach Nichtannahmebeschluss des BGH v. 21. 3. 1991			
= RPKU 1.037/91		LAG Frankfurt v. 27. 2. 1991 – 9 Ta 301/90	91, 114
OLG Koblenz v. 5. 9. 1989 – 3 U 174/88 rkr.	91, 144		
nach Nichtannahmebeschluss des BGH v. 14. 3. 1991		BAG v. 9. 1. 1990 – 3 AZR 528/89;	91, 84
= RPK U 1.036/91		NJW 1990, 2707	
OLG Koblenz v. 18. 12. 1990 – 3 U 27/89	91, 248	AG Siegburg v. 3. 9. 1987 – 7 C 171/87	91, 62
= NJW RR 1991/921		= NJW RR 1989, 155	
OLG Köln v. 25. 4. 1990 – 27 U 180/89	91, 2	BFH v. 1. 2. 1990 – IV R 42/89	91, 84
= VersR 1990, 674		= BB 1990, 1254	
OLG Köln v. 8. 5. 1991 – 11 U 279/90 rkr.	91, 262		
OLG Köln v. 28. 9. 1990 – 11 U 41/90	91, 147	VGH Baden-Württemberg v. 25. 2. 1991	91, 312
OLG Köln v. 12. 12. 1990 – 27 U 72/90	91, 183	– 9 S 3021/90	
OLG Köln v. 14. 12. 1990 – 19 U 283/89	91, 222	= RBeistand 1991, 64	
= VersR 1991, 565			
– vgl. ebenso OLG Hamburg GI 11/81			
OLG Köln v. 28. 2. 1991 – 7 U 108/90	91, 335		
OLG Köln v. 12. 4. 1991 – 11 U 41/90	91, 144		
OLG München v. 12. 4. 1990 – 6 U 5905/89	91, 84		
WPK-Mittlg. 1990, 278			
= BB 1990, 875			
OLG München v. 15. 5. 1990 – 1 U 3482/90	91, 114		
= NJW RR 1991, 191			
OLG München v. 18. 12. 1990			
– 3 Ob OWi 132/90	91, 207		
OLG Nürnberg v. 15. 11. 1990 – 8 U 387/90	91, 144		
= NJW RR 1991, 414			
KG v. 1. 6. 1990 – 7 U 8026/89	91, 231		
KG Berlin v. 19. 12. 1990 – 24 W 5932/90	91, 200		
= AnwBl 1991, 348			
LG Bielefeld v. 5. 7. 1990 – 22 O 101/90	91, 2		
LG Bonn v. 5. 2. 1990 – 6 S 442/89	91, 2		
= Juristisches Büro 1990, 1317			

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-72 98
Telefax: (02 21) 144-51 27

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.